

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesfa.
Gemein Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meikun.

Postkassentor: Dresden 1530
Carlstraße Riesfa Nr. 52.

Nr. 61.

Freitag, 13. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Annahme des Aufgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. von oben, 4 von unten, 6 Silben. 25 Gold-Pfennige. Die 20 um breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Maßstab, feste Tarife. Verantwortlich für die Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für den Vertrieb: Wilhelm Dittich, Riesfa.

Ausprache an die Gemeinden.

Der Herr Landesbischof D. Ihmels wendet sich anlässlich des Buchstags mit folgender Ausprache an die Gemeinden des Landes:

Unter dem Kreuz Jesu grüßte ich die Gemeinden des Landes. Und der Wunsch wird zu einem Gebet: Wächte die Passionszeit unserer Kirche neuen rechten Segen bringen!

In der letzten Woche hat man in unseren Gemeinden eine Aufrüstung verbreitet, die unter dem höchsten Titel einer Aufgabe gegen die Geisteswelt in Wirklichkeit die Gewissen verwirrt und dem schlichten Evangelium entfremdet. Geht die Verkündigung, als würden unsere Wärrer sich selbst und nicht ihre Gemeinden, heute in hohem Ernst Verwahrung ein. Die Gemeinden sind Zeugen, wie ihre Wärrer in den letzten Wochen vielfach unter schwerster Last und Entbehrung ihre Amt ausübten und dennoch ihrer Gemeinde Treue gehalten haben.

Welcher Geist iene Schritt durchweilt, das wird da offenbar, wo sie das Bekenntnis zu dem Dreieinigem Gott eine unrichtige Lehre nennt. Prüft die Wärrer, ob sie aus Gott sind, mahnt die Schrift. Das ist nicht der Geist Gottes, der sich gegen das klare Wort unseres Herrn wie das gesamte apostolische Zeugnis wendet. Wir bleiben bei dem Bekenntnis, das unser Herr Christus uns gelehrt hat, als er seine Jünger taufen ließ im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Und gerade unter dem Kreuz, das von der Gnade unseres Gottes in unserem Herrn Jesu Christo verheißt, wollen wir uns gegenseitig in der Kraft des Geistes mit dem apostolischen Wort segnen: Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi, die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit uns allen!

Alles Treugelübde gegen die Kirche wäre jedoch unklar, wenn es nicht zugleich zu einem Gelübde neuen Dienstes wäre. Unsere Kirche ist die Kirche des allgemeinen Christentums, darum gilt auch in ihr allgemeine Dienstpflicht. Heute erinnere ich insbesondere die Eltern an die Pflicht, die sie ihren Kindern und damit auch der Kirche gegenüber haben. Sie sind dem Herrn, der auch für ihre Kinder in den Tod gegangen ist, dafür verantwortlich, daß sie ihre Kinder in der Jugend und in der Vermählung zu ihm erziehen, zugleich aber auch mit allen geistlichen Mitteln dafür sorgen, daß ihre Kinder auch in der Schule die religiöse Unterweisung finden, auf die sie ein Recht haben. Lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe, so spricht der Herr.

Weder aber legt aller Dienst an anderen voraus, daß wir zu allererst uns selbst von dem Herrn dienen lassen. Darum predige der Bußttag der Gemeinden und allen Mitgliedern in ihr: Laßt euch vernehmen mit Gott! Reformatorisches Christentum ist durch und durch persönliches Christentum. Und reise Christen im Vollsinne des Wortes sind nur die, die im Glauben an unseren Herrn Jesu Christus Gottes als ihres Gottes persönlich gewiß wurden. Darum rufe die Passionszeit zu allererst einen seglichen unter uns zu persönlicher Buße und zu persönlichem Glauben! Als Mittlerer im Sinne Pauli bitte ich, daß niemand die Gnade Gottes vergeblich empfangt.

Vergeblich aber wäre auch aller Glaube und alle Buße dann, wenn daraus nicht eine neue Heiligung des ganzen Lebens würde. Darum sage uns die Passionszeit zu: Unser Herr Jesus Christus ist dazu gestorben und auferstanden, daß wir mit ihm der Sünde absterben und mit ihm in einem neuen Leben wandeln. Ich hebe drei Punkte heraus, die gerade unsere Zeit zu fordern scheint. Hinweg mit der traurigen Vergnügungssucht, die sich so gar nicht mit dem Geist der Zeit verträgt! Gottes Rechte haben uns getroffen — wollen wir sie hinwegwischen? Tausende unserer Brüder und Schwestern hungern — wollen wir verschweigen? Sodann: Hinweg mit aller Sünde wider das sechste Gebot, der offenkundigen und der geheimen! Die Christo angehören, die freuzigen ihr Reich samt den Wärrern und Begierden. Und soll unser Volk genesen, dann muß die Familie genesen, und die Ehe will nach Gottes Wort und Willen geführt sein. Endlich: Hinweg mit der Herrlichkeit unseres Volkslebens, in der nach jenem Prophezeiwort ein jeglicher auf seinen Weg zu sehen scheint. Unser Herr Christus ist nach dem Zeugnis des Johannes in den Tod gegangen, daß er die zerstreuten Kinder Gottes auf der ganzen Erde zusammenbringe. Wie vielmehr sollte in unserem Volk das Kreuz auf Golgatha die Stätte sein, da man im Glauben eins wird und zusammenkommt! Hier gilt kein Unterschied mehr von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Herren und Dienenden, von Gebildeten und Ungebildeten, von Armen und Reichen: Sie seien, wie der Apostel sagt, alle einer in Christo.

Darum: Wir treten unter das Kreuz und bringen dem Herrn alles, was uns bewegt, und beten miteinander und füreinander: All Sünd hast du getragen, sonst müßten wir verzagen. Erbarm dich unser, o Jesus!

Dr. Jarres Kandidat der Rechtsparteien.

Staatspräsident Hellpach für die Demokraten — Dr. Warg für das Zentrum.

Berlin. Der Ausschuss der Rechtsparteien für die Reichspräsidentenwahl hat gestern abend noch einmal mit Vertretern des Zentrums und der Demokraten verhandelt. Von der Zentrumsseite war für diese Sitzung eine bestimmte Erklärung über die Teilnahme an einer bürgerlichen Kandidatur in Aussicht gestellt. Diese Erklärung wurde auch in dieser Sitzung nicht abgegeben. Der Ausschuss hat dann, nachdem die Vertreter des Zentrums und der Demokraten auf eine weitere Teilnahme an den Beratungen verzichtet hatten, beschlossen, an der schon am Sonnabend einstimmig beschlossenen Kandidatur Dr. Jarres festzuhalten. Oberbürgermeister Dr. Jarres hat die Kandidatur angenommen.

Berlin. In dem gestrigen Konflikt im Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl verlautet, daß während der Verhandlungen der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach an die Vertreter der Rechtsparteien die Frage richtete, wie sie sich zur Einzelkandidatur Gehler verhielten. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte darauf, daß er dem Beschluß des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, an der Kandidatur Jarres festzuhalten, nichts hinzuzufügen habe. Auch der Vertreter der Deutschnationalen lehnte eine präzise Mitteilung über die Stellungnahme seiner Partei zur Einzelkandidatur Gehler ab. Abgeordneter Fehrenbach erbat darauf für sich und seine Fraktion eine Stunde Bedenkzeit. Nachdem die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, die sich zu einer längeren Beratung zurückgezogen hatten, die von Fehrenbach verlangte Bedenkzeit abgelehnt hatten, verließen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten das Beratungszimmer.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Demokratischen Partei ist der Beschluß über die Aufstellung eines eigenen demokratischen Kandidaten vom Vorstand und dem Parteiausschuss mit überwältigender Mehrheit gefaßt worden. Reichswehrminister Gehler habe gebeten, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen. Daraufhin haben Parteivorstand und Parteiausschuss mit Einverständnis des Reichswehrministers Dr. Gehler einstimmig den bairischen Staatspräsidenten Hellpach zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl proklamiert.

Nach einer Mitteilung des Lokalanzeigers sollen sich auch die Vertreter der Wirtschaftspartei für die Kandidatur Jarres ausgesprochen haben. Die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter wegen einer dringenden Reise nach München am Abschluß der Verhandlungen des Wahl-Ausschusses nicht mehr teilnehmen konnten, soll umgehend um ihre Stellungnahme zur Kandidatur Jarres erlucht werden.

Berlin. In der 11. Abendstunde wird von der Zentrumsseite ein langer Bericht über die Sitzungen ihres Parteiausschusses ausgegeben, in dem der Verlauf der Verhandlungen über eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur ausführlich dargestellt wird. Die letzte Phase, die schließlich zum Konflikt führte, wird wie folgt geschildert: Der Reichsparteiausschuss nahm am Donnerstag nachmittag um 2 Uhr seine Beratungen mit dem Ziele auf, dem auf 5 Uhr nachmittags einberufenen Parteiausschuss eine endgültige Stellungnahme mitzuteilen. Bald nach Beginn der Verhandlungen jedoch wurde ein Beschluß der Deutschen Volkspartei bekannt, daß diese einstimmig die Kandidatur Jarres aufgestellt habe. Durch diese Mitteilung wurde die Beurteilung der Lage so schwierig, daß der Parteiausschuss bis um 5 Uhr zu keinem Entschluß kommen konnte. In der 5 Uhr-Sitzung des Parteiausschusses nahmen als Unterhändler des Zentrums die Abgeordneten Fehrenbach und v. Guericke teil. Der Abg. Fehrenbach gab die Gründe bekannt, weshalb der Reichsausschuss der Zentrumsseite noch keinen Beschluß gefaßt habe und befragte die Vertreter der Deutschen Volkspartei nach dem Sinne des am Nachmittag mit dem Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei gefaßten Beschlusses. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei verweigerten eine klare Auskunft zu geben. Dagegen forderten die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der vaterländischen Verbände, eine sofortige Entscheidung der Unterhändler ohne daß eine Befragung des verammelten Reichsausschusses stattfinden sollte. Der Abgeordnete Fehrenbach erklärte eine sofortige Entscheidung für unmöglich. Die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung erklärten, daß sie die Sitzung verlassen würden, falls der Wahlausschuss bei diesem Vorgehen bleibe. Darauf zogen sich die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei und der vaterländischen Verbände zu einer gesonderten Besprechung zurück, die 20 Minuten dauerte. Bei Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Graf Wetzlar, daß nach dem Ergebnis der Sonderbesprechung die sofortige Entscheidung der Vertreter des Zentrums fordern müßten. Darauf verließen die Vertreter des Zentrums die Sitzung. Die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung hatten schon vorher die Sitzung verlassen.

Um 7 Uhr abends nahm der noch immer verammelte Reichsparteiausschuss den Bericht des Abg. Fehrenbach über den Verlauf der Sitzung des Wahlausschusses entgegen. Unter dem Jubel der zahlreichen Versammlung wurde der frühere Reichs-Lanzler Warg nunmehr als Kandidat einstimmig aufgestellt.

Chamberlains Rede vor dem Völkerrundrat.

Genf. In seiner Rede erklärte der englische Außenminister Chamberlain, Großbritannien habe unter der vollen Zustimmung des Dominions den Gedanken des Schiedsverfahrens angenommen und in vielen Fällen praktisch durchgeführt. Die gegenwärtigen Ratgeber des englischen Königs lägen jedoch unüberwindliche Schwierigkeiten, das Protokoll in feiner jetziger Gestalt zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Chamberlain wies dann darauf hin, daß der Völkerrund von heute keineswegs dem Völkerrunde, wie er von seinen Urhebern geplant gewesen sei, entspreche. Man habe damals nicht voraussehen können, daß so viele der wichtigsten Länder der Welt dem Völkerrunde nicht angehören würden.

Wenn trotzdem der Völkerrund bisher ohne besondere Schwierigkeiten funktioniert, so wäre es sehr unklar, die bereits eingegangenen Verpflichtungen noch zu verweigern, ohne zu berücksichtigen, in welchem Maße der Mechanismus des Paktes durch das Verhalten gewisser Staaten geschwächt worden sei. Es gebe kein besonderes Mittel, um zukünftige Kriege zu verhindern, als einen Plan anzunehmen, der der ganzen Welt Sicherheit gebe, daß der Krieg zu einem sicheren Mißerfolg führen würde. Dabei sei die englische Regierung der Ansicht, daß das angestrebte Ziel nicht besser erreicht werden könne als dadurch, daß die unmittelbar interessierten Nationen unter sich durch Verträge gebunden würden.

Zum Schluß erklärte Chamberlain: Es ist der englischen Regierung in der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich gewesen, mit den Vertretern der Dominions und Indiens, die ebenfalls Mitglieder des Völkerrundes sind, eine persönliche Ausprache zu halten. Wir haben aber mit ihnen

in telegraphischer Verbindung gestanden, aus der hervorgeht, daß die Regierungen von Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien das Protokoll nicht mehr annehmen können. Sie werden ihren Standpunkt hinsichtlich der Art, die ihnen als die beste erscheint, zur Kenntnis bringen, sei es durch eine Mitteilung an das Sekretariat oder an die Völkerrundversammlung oder auch auf anderem Wege. Ueber die Auffassung des freisinnigen Irlands habe ich noch keine Mitteilung.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Ministerpräsident Warg führte am Donnerstag im Landtag erneute Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung. In der Frage der Bildung eines Kabinetts, das sich zusammensetze aus je einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten, im übrigen aus Beamten, die anderen Parteien angehören, erklärte der Vertreter der Deutschnationalen Fraktion, daß er diese Anregung seiner Fraktion unterstützen werde. In einer Besprechung mit den Demokraten zur Frage der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts wurde vom Abgeordneten Fald erwidert, daß seine Fraktion kontreten Vorschlägen entgegenstehe. Vor der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde durch den Abgeordneten Ladendorff die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts beantragt und erneut eine Bildung auf Grundlage der Weimarer Koalition abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei steht, wie wir hören, wie bisher der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts sympathisch gegenüber.

Derliches und Sächliches.

Miela, den 13. März 1925.

• Gedenkfeier für die Opfer des Krieges. Nach einer Anordnung des Gesamtministeriums soll bekanntlich Sonntag, den 15. März, im Freistaat Sachsen eine allgemeine Gedenkfeier für die Opfer des Krieges veranstaltet werden. Zur würdigen Begehung dieser Feier lassen sowohl alle staatlichen wie auch die städtischen öffentlichen Gebäude an diesem Tage baldmahl besetzt und auf eine entsprechende Beflaggung der privaten Gebäude hingewirkt werden. An die Einwohnerlichkeit eracht das Erlauchen, dem Beispiele der staatlichen und städtischen Behörden zu folgen und zum Zeichen der Mittrauer für die Opfer des Weltkrieges ebenfalls baldmahl zu flaggen. In den hiesigen Kirchen, sowie in denen der benachbarten Kirchengemeinden finden, wie allerwärts, Gedächtnisfeiern statt. Die Vereinten Militärvereine und sonstige Vereine beteiligen sich mit ihren Fahnen am Gottesdienste. — Die Amtshauptmannschaft teilt uns mit, daß anlässlich der Gedenkfeier auch Ehrenjahren gefeiert sind.

• Handelschule. Wir weisen gern darauf hin, daß am Dienstag, den 17. März, vormittags 11 Uhr in der Handelschule die Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen stattfindet. Der Vorstand und die Lehrerschaft laden zu dieser Feier in der heute vorliegenden Nummer ein. Mit der Feier ist eine Ausstellung der von den Schülern und Schülerinnen angefertigten schriftlichen Arbeiten, der Bier- bzw. Landkräftigungen u. a. verbunden, die Interessenten am Dienstag und Mittwoch geöffnet ist.

• Gewerkschaft Miela. In der gestern stattgefundenen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats der Gewerkschaft wurde die diesjährige Generalversammlung auf Dienstag, den 31. März, nachmittags 5 Uhr in der Werkhalle festgelegt. Der Generalversammlung wird der Voranschlag unterbreitet, aus M. 2771.40 Reingehältnisse eine Dividende von 18 Prozent für die eingezahlten Geschäftsanteile nach entsprechender Stärkung der Reserven zu verteilen. Besondere Einladung zur Generalversammlung erfolgt noch.

• Der Bund Entschiedener Schulreformer veranstaltet am 21. und 22. März in Miela einen Sächsischen Kulturtag. Der Tagungsort ist die Volkshochschule. Am Sonntagabend abends 8 Uhr spricht Spangenberg, Herr, über Erziehung im Gemeinheitsgeist. Dieser Vortrag ist mit Lichtbildern. Am Sonntag früh um 9 Uhr wird die Tagung mit der Rezitation zweier Werkerlicher Gedichte durch Heinz Haufe eröffnet. Darauf begrüßt der Bundesvorsitzende Prof. Paul Deitrich die Versammlung. Es folgen zwei Vorträge. Lehrer Wedel spricht als M. d. U. über die Kulturpolitik des Sächsischen Landtages, und Lehrer Martin Weiß spricht als Dozent am päd. Institut Dresden über neue Wege in der Lehrerbildung. Am Sonntag nachmittags ergriff Prof. Paul Deitrich selbst das Wort. Er spricht über das Thema: Um was es geht. An die beiden Tagesabende schließt sich eine Aussprache an.

• Operetten-Aufführung im Lager Zeitvahn. Der M. G. V. „Eintracht“ im Lager Zeitvahn veranstaltet am 8. März d. J. in der Sängersäle eine Gesangs- und Operetten-Aufführung, zu der sich trotz des schlechten Wetters eine stattliche, aus allen Schichten der Einwohnerlichkeit bestehende Zuhörerschaft eingefunden hatte, insbesondere waren aus der Umgebung eine größere Anzahl Brudervereine vertreten, die es sich trotz Schnee- und Straußelwetter nicht haben nehmen lassen, durch ihre Anwesenheit ihren jüngsten Bruderverein zu ehren. Auch den Erwerbshilfen war in entgegenkommender Weise Gelegenheit geboten, den Aufführungen beizuwohnen. Sie alle kamen auf ihre Plätze und haben ihr Erscheinen nicht zu bereuen brauchen, denn alles was vom Verein geboten wurde, übertraf bei weitem alle Erwartungen. Nach dem Vortrage ausgelegener Musikstücke sang der Männerchor in einer Stärke von 40 Sängern die vom Leipziger Sängerbund als Gesamtsänger zum 1. Sächsischen Bundesfesten in Dresden angemeldeten Veder „Jügers Morgenbesuch“ von Jüngst und Mebermür von Wohlgenuth. Es wurde recht gut gesungen, die Auffassung des Textlichen und dessen Verwertung im klanglichen Ausdruck ergabte besonders in dem Viede „Jügers Morgenbesuch“ recht schöne Effekte, die den Beifall der gesamten Zuhörerschaft fanden. Wenn man bedenkt, daß der Verein erst seit 1922 besteht, so ist demselben die größte Anerkennung zu zollen und ihm für sein weiteres Bestehen nur das Allerbeste zu wünschen. Die Hauptaufführung des Abends war jedoch die Operette „Der Postillon vom Jilertal“ in einem Vorspiel und zwei Akten von Eisler, Musik von Dietrich. Hier haben Dirigent und alle Mitwirkenden einstück der Musik ihr Bestes können hergegeben. Sehr lobend hervorzuheben ist vor allem Volst, der Postillon, der mit seinem vorzüglichen und urwäcstigen Spiele einen großen Teil zum Gelingen der Operette beitrug, ebenso die Rest und Broni, der Loni und Ferdinand usw. Alle gingen in ihren Rollen voll und ganz auf und man zweifelt oftmals, nur Dilletanten vor sich zu haben. Gesanglich besonders hervorzuheben wären das Lied der Rest „Sei auf der Hut“ und das Duett „Sei nicht böse mein Schatz“, die Vieder des Volst „Der Postillon vom Jilertal“ und Alles darfst verlieren du, nur mit dem Damur“ sowie das Terzett „Sollst nicht dängen“ und das Gebet der Broni „Ich fleh aus Herzensgrunde“. Nichtlich klang der Sopran der Broni an den Stellen innigen Gebets und wahrte auch den Wohlklang beim stürmischen Ausdruck des Bangens um ihren geliebten Rudolf. Die Musik trug durch ihre Reinheit und Anpassen an die Spieler sehr viel zum Gelingen bei. Auch alle übrigen Rollen waren in sehr guten Händen und man hörte allgemein nur das beste Lob. Die Regieleitung zeigte sich dem Ganzen gewachsen. Der namentlich am Schluß der Operette nicht endenwollende Beifall war wohlverdient und allgemein wurde der Wunsch nach nochmaliger Aufführung der Operette laut. Ein gemüthliches Tänzchen schloß sich der Operette an und gab der Festlichkeit einen harmonischen Abschluß.

• Nachwinter. Nun ist er demnach eingetreten, der übliche Nachwinter. So ganz unerwartet ist er nicht gekommen, wenigstens nicht den Meteorologen. Denn die Tatsache, daß der März, ja der April in Deutschland noch starke Schneefälle bedingt, ist gar nicht sehr selten zu verzeichnen. Ja man kann wohl sagen, daß solche Ereignisse im März häufiger vorkommen als im November und Dezember. Während vor Weihnachten sehr starke Schneefälle recht selten sind, bringt der Frühling alle paar Jahre einmal ein derartiges Ereignis. Erinnerung sei nur aus der neueren Zeit an die gewaltigen Schneefälle und Schneestürme in Mitteldeutschland vom 19. bis 20. April 1908, vom 7. April 1905, vom 23. März 1906, vom 2. zum 3. März 1909 und in der ersten Märzwoche 1915. Zum Teil gehen dabei ganz außerordentliche Schneemengen nieder, wie sie im vorhergehenden eigentlichen Winter (Dezember bis Februar) nicht aufgetreten sind und wie es ja auch in diesem Jahre der Fall gewesen ist. — Die Wetterlage, die so starke Schneefälle im Frühjahr bedingt, ist in den meisten Fällen darauf, daß starke Depressionen von der Adria her nordostwärts sich in Bewegung setzen und namentlich für Sachsen und Schlesten ausgedehnte Niederschläge im Gefolge haben; doch kommen solche im Frühjahr auch bei anderer Wetterlage vor, und zwar dann, wenn aus einer nördlich gelegenen Depression sich Zelldepressionen ablösen und in Deutschland kalte Nordwestwinde und Niederschläge bedingen. So war es auch in diesem Jahre der Fall. Für die Verhältnisse

des Grundwassers ist der jetzige große Schneefall von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, denn wir müssen bedenken, daß bereits seit Oktober jeder Monat zu trocken war. Nur Schneefällen hatte im November etwas zu viel Niederschlag. Ein niedriger Grundwasserstand kann aber für die Entwicklung unserer Kulturpflanzen gegen den Sommer hin verhängnisvoll werden, wenn nicht das Frühjahr noch zur rechten Zeit wenigstens einigermaßen einen Ausgleich für das Defizit der Winterniederschläge schafft.

• Winterfreuden im Gebirge. Aus Frauenheim wird geschrieben: Der in diesem Jahre ziemlich spät einsetzende Winter zeigt sich den auf ein baldiges Frühjahr hoffenden Menschen von der richtigen Seite. Er will den Menschen zeigen, daß trotz Voraussagung sein Regiment noch besteht und er gar nicht daran denkt, in Kürze abzutreten zu wollen. Schneeküme, wie sie seit Jahren nicht gewesen, durchbrauen die Luft und setzen auf Straßen und Plätze ganz ansehnliche Schneebänke. Mit Strecken sieht der Autowagen, daß hier seine ihn überall hintragenden Wagen verlassen. Der Schlitten ist wieder zur Geltung gekommen und lustig klingelt es durch die Straßen. Männlein und Weiblein haben die schon auf die Seite gestellten Brettlein wieder hervorgeholt, Kinder, die hier mit Brettlein gleich auf die Welt zu kommen scheinen, belegen die Gänge und fahren lauchend zu Tal. Nicht so, der Jugend gehört die Welt, sie muß sich härten und stählen und das kann sie am besten tun auf blendend weißer Schneefläche in klarer reiner Luft. Darum herauf ins Gebirge, ihr, die ihr tagen tag aus in ständiger Lust arbeitet, hier werden die Lungen frei und rein.

• Die Handwerkslehre. Die Schulentlassungen stehen vor der Tür und wieder treten viele junge Leute in den ererbten Beruf ein. Bei diesem wichtigen Schritt ins Leben ist für die Eltern der Kinder mancherlei zu bedenken und zu beachten. Bei Handwerkslehrlingen, deren allgemeine Verhältnisse in der Reichsgewerbeordnung und in erdäunenden Vorschriften geregelt sind, ist besonders wichtig, daß der Lehrmeister oder die Lehrmeisterin die Befähigung zum Anleiten von Lehrlingen besitzt, daß ein ordnungsmäßiger Lehrvertrag abgeschlossen wird, daß die Anmeldung des Lehrlings zur Lehrlingsrolle der Gewerbeamt oder der Innung erfolgt und daß endlich im Arbeitsbuch der Eintritt in die Lehre unter der ausdrücklichen Bezeichnung des Anabens oder Mädchens als „Schlofferlehrling“, „Schneiderlehrling“ usw. vermerkt wird. Bei Verträgen gegen die Vorschriften über das Verhältnissen ist der Lehrerber strafbar, härter ist aber unter Umständen der Lernende betroffen, denn er läuft Gefahr, daß die zurückgelegte Ausbildungszeit nicht auf die Handwerkslehre angerechnet und ihm die spätere Zulassung zur Gesellenprüfung verweigert wird. Aufklärung über die einschlägigen Bestimmungen und Rat können bei der Gewerbeamt und den Innungen eingeholt werden.

• Die Invalidenversicherung. Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde heute ein Petitionsantrag über Veränderung der Berechnung der Renten aus der Invalidenversicherung angenommen. Danach beträgt der Reichsausdruck jährlich 72 Mt. für jede Invaliden-, Witwen- und Waisenrente und 36 Mt. für jede Waisenrente. Bei der Invalidenrente werden 10 v. H. der seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gewährt. Ferner wird für jede ordnungsmäßige versicherte Beitragsperiode der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen II bis V ein Steigerungsbetrag gewährt. Er beträgt in der Lohnklasse II 2 v. H., in der Lohnklasse III 4 v. H., in der Lohnklasse IV 7 v. H., in der Lohnklasse V 10 v. H. Das Gesetz soll mit dem 1. April 1925 in Kraft treten.

• Warnung vor Werbemännern. Aus Partha wird gemeldet: Ein etwa 26-jähriger Mann treibt sich seit kurzem in der hiesigen Umgebung awerks Werbung für die Fremdenlegation herum. Den Angeworbenen wird freie Fahrt nach Hamburg usw. zugesichert. Die Gendarmerteilung dem jungen Mann, der aus Spanien stammt, bereits auf der Spur.

• Sächsische Lehrerversammlung in Leipzig. Vom 4.—8. April 1925 hält der Sächsische Lehrerverein in dem 18500 sächsische Volksschullehrer zusammenschlossen sind, seine 19. Hauptversammlung in Leipzig ab. Wie bei früheren Hauptversammlungen des Sächsischen Lehrervereins werden auch diesmal mehrere tausend Lehrer aus allen Teilen Sachsens zu gemeinsamer Arbeit in Leipzig zusammenkommen. Bereits jetzt liegen annähernd 4000 Anmeldungen vor. Die sächsische Lehrerversammlung wird eine Tagung von außerordentlicher Bedeutung werden. Die Schulfrage steht heute im Brennpunkte des öffentlichen Interesses wie selten zuvor. Weiten Volkstreffen ist der Ausbau und die Entlastung der sächsischen Volksschule zu höchster Leistungsfähigkeit hergeseht. Sie werden mit regem Interesse verfolgen, was die im Sächsischen Lehrerverein organisierte Lehrerschaft zu den brennenden Tagesfragen der Pädagogik und Schulpolitik zu sagen hat. Folgende Gegenstände werden auf der Lehrerversammlung behandelt werden: 1. Die Ziele des Sächsischen Lehrervereins; 2. Die Wirtschaft und Volksschule; 3. Die Selbstverwaltung; 4. Trinks-Dresden. In über 30 Nebenversammlungen treffen sich die verschiedenen Fachgruppen zur Beratung von Sonderfragen. Die Bezirkslehrerräte des ganzen Landes treten zu einer Sondertagung zusammen. Eine von Leipziger Schulmännern verfaßte Festschrift wird über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des Leipziger Volksschulwesens Aufschluß geben. Sie dürfte nicht nur örtliche Bedeutung besitzen. Unter dem Motto: „Der suchende Lehrer — das schaffende Kind“ findet mit Genehmigung des Bezirksschulamtes Leipzig eine Ausstellung statt, die Zeugnis von fleißiger schulpflichtiger Arbeit ablegen wird. Die breite Öffentlichkeit wird an der Tagung besonders interessiert werden durch die Veranstaltung von sechs öffentlichen Versammlungen, in denen die wichtigsten Tagesfragen der Schulpolitik behandelt werden.

• Inzureichende Entschädigung durch die Brandversicherungskammer. Ueber die Frage der unzulänglichen Entschädigung durch die Brandversicherungskammer schreibt die „Sächsische Industrie“, Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller in ihrer Nr. 11—12 folgenden: „Unter Bezugnahme auf die in Nr. 8—9 der „Sächsischen Industrie“ vom 28. Februar auf Seite 188 veröffentlichte Eingabe unseres Verbandes teilen wir unseren Mitgliedern hierdurch mit, daß die Brandversicherungskammer in einem an den Verband gerichteten Schreiben vom 6. März ausführlich die Gründe darlegt, aus denen es ihr nicht ratsam erscheint, unserem Antrage stattzugeben, daß die Kammer aber unserem Wunsch dadurch entgegenkommen will, daß sie den allgemeinen Feuerungszuschlag von 50 auf 65 Prozent erhöht. Hierdurch werden natürlich die von uns in unserer Eingabe näher dargelegten Schwierigkeiten nicht voll beseitigt. Es ist aber zu begründen, daß die Brandversicherungskammer unseren Wünschen wenigstens zum Teil entgegengekommen ist durch die Erhöhung des Feuerungszuschlages um weitere 15 Prozent, und es ist zu hoffen, daß die Kammer sich sehr bald davon überzeugen wird, daß auch bei Inzureichende dieses Feuerungszuschlages nicht in allen vorkommenden Schadensfällen dem Grundhaft von Recht und Billigkeit Rechnung getragen und daß deshalb das Best von der Brandversicherungskammer dankenswerterweise gezeigt entgegengekommen in seiner Auswirkung noch nicht als endgültige Lösung dieser Frage anzusehen sein wird.“

• Um Dr. Dehne. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung: Gegen Ministerialdirektor a. D. Dr. Dehne sind unlängst in sozialdemokratischen Blättern wiederholt Anarisse erhoben worden,

den, die in dem Wortwort abfeln, Dr. Dehne habe versucht, für den Rest seines Lebens an einer staatlichen Pension zu kommen, auf die er von Rechts wegen keinen Anspruch gehabt habe. Einer der höchsten und einflussreichsten sächsischen Beamten, Ministerialdirektor Dr. Schulze habe sich geduldet, beim Abgang Dr. Dehnes mit Pension für eine „schöne Schließung“ vorgekommen. Aus welchen Gründen, so wird dann gefragt, möge wohl der sächsische Finanzminister ausgerechnet Dr. Dehne gegenüber eine so offene Hand gezeigt haben? Gegenüber diesen Angriffen, die auch schwere Vorwürfe gegen die Regierung enthalten, sind folgende Tatsachen festzustellen: 1. Ministerialdirektor Dr. Dehne ist auf einstimmigen Beschluß des Gesamtministeriums unter genauer Beobachtung der Vorschriften des Personalabgabegesetzes vom 29. 1. 1924 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Auf die Auszahlung der ihm gesetzlich zustehenden Ruhestandsbezüge hat er verzichtet. 2. Die dem Ministerialdirektor Dr. Schulze zugeschriebene Äußerung, worin er die Regierung der Schließung beschuldigt haben soll, ist nicht gefahren.

• Redeschrift der Deutschen Einheitskurzschrift. Der von den Regierungen des Reichs und der Länder eingesetzte Ausschuss zur Schaffung der Redeschrift der Deutschen Einheitskurzschrift ist, beauftragt aus Prof. Brabbbe, Dr. Dröbe, Prof. D. Hren, Dr. Dr. Fuchs, Senatpräsident Dr. Johann, Sanitätsrat Dr. Mantel, Oberregierungsrat Meißinger und Regierungsrat Schabbe, hat seine Arbeiten beendet und dem Reichsministerium des Innern am 7. März 1925 die Urkunde der Redeschrift überreicht.

• Die Funktunde wegen Verstoßes gegen das Urheberrecht verurteilt. Das Berliner Landgericht hat die Klage Gerhart Hauptmanns gegen die Funktunde U. G. stattgegeben und die Verletzung dramatischer Werke des Dichters durch Rundfunk ohne Genehmigung des Autors unterlag. In welchem Sinne hat das Landgericht I über die Klage Hugo v. Hofmannstals entschieden. Die Funktunde wurde zum Schadenersatz verurteilt.

• Von der Inzeratwirkung. Der amerikanische Psychologe W. D. Scott hat umfangreiche Versuche angestellt, um die Größe, die die Inzerate haben müssen, festzustellen. Er ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Wirkung des Inzerats sich mit der Größe des Inzerats rapide steigert. Wenn die Wirkung eines Inzerats mit 1 angenommen wird, dann ist die Wirkung eines doppelt so großen Inzerats schon gleich 3, die eines viermal so großen gleich 6, die eines achtmal so großen gleich 12. Die billigsten Inzerate sind also die größten. Freilich kommt es dabei natürlich noch auf den Gegenstand des Inzerats an. Diese Statistik besteht sich auf Geschäftsinzerate.

• Bernachtete Briefpost. Nach vorliegenden Nachrichten sind die von der Bahnpost Marienburg—Ebdt. nahmen Jug D 7 am 2. Januar gefertigten Briefposten nach Berlin, Kientin, Schanghai und Canton bei einem Bruch im Eisenbahnzuge zwischen Witten und Schenckhau am 19. Januar vermutlich vernichtet worden. Der Inhalt der Posten bestand aus Sendungen, die in Deutschland in der Zeit vom 30. Dezember 1924 bis 1. Januar 1925 aufgefertigt worden sind.

• Luftpostverkehr Berlin—London. Vom 13. März an beginnt wieder der Luftpostverkehr auf der Linie Berlin—Dannover—Amsterdam—London, der seit dem 1. Januar vorübergehend eingestellt war. Die Flüge verkehren wie bisher ab Berlin 8.0, ab Hannover 10.30, ab Amsterdam 12.50 (holländische Zeit) an London 4.10 (westeuropäische Zeit). Die Luftpost befördert gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nach Holland, England und überseeischen Ländern über England, nach Holland auch Zeitungen.

• Präzision der Zeit. Die 10-jährige Tochter des Galtwirts Reinhard Weber bedürfte für sich einen auf dem Wege nach Trauschwitz liegenden Draht der elektrischen Leitung, wodurch es einen derart starken elektrischen Schlag erhielt, daß sie sich von dem Draht nicht mehr befreien konnte. Zwei auf ihre Hüften herbeieilende Männer versuchten das Kind zu befreien, wurden aber selbst so stark beim Berühren des Drahts elektrisiert, daß sie sich beide sofort auf dem Boden wälzten. Der eine von ihnen holte einen alten Fahrdrumantel herbei, mit dem die Befreiung des Mädchens, das bereits blau angelaufen war, bewirkt werden konnte.

• Klingenthal. Starkes Schneestreiben hat die vergangene Nacht gebracht und im Verein mit Sturm sind zahlreiche Schneereisungen entstanden. Auf den Bergflüssen und während der Nacht über einen Meter hohe Schneereisen über die Wälder gelegt worden, jedoch am Morgen die Wege anschaufelt werden mußten. Die Turmhöhe des Schnees beträgt im Bezirk 50 cm. Auf den Bergen, wo noch Schneehäufungen lag, ist die Schneehöhe noch bedeutend höher.

• Markneufkirchen. Der Autounfall eines dem Kurhauspächter von Bad Elber gehörigen Personentransportwagens auf der sogenannten Körnerstraße zwischen Klingenthal und Markneufkirchen, der im November vorigen Jahres stattfand und bei dem der Verwaltungsdirektor des Staatsbades Elber und ein Fotograf schwer zu Schaden kamen — der Fotograf ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen — stand nunmehr vor dem hiesigen Amtsgericht zur Verhandlung. Der Chauffeur, der den Wagen gekeuert hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 500 Mark bzw. 60 Tagen Haft verurteilt, da er insofern schuldig gesprochen wurde, als er bei dem damals herrschenden Witterungszustand mit größerer Vorsicht fahren mußte. — Einen eigenartigen Tod erlitt eine hiesige Fabrikantensfrau, die in ihrer Wohnung durch Sturz ein Bein gebrochen hatte. Ein Blutergieß drang in das Gehirn und verursachte einen Gehirnschlag, dem die erst 33-jährige Frau und Mutter mehrerer Kinder erlag.

• Witten. Wegen Uebertretung des Impfgesetzes war der hiesige Homöopath Arno Holzbeimer im Wege der Strafverfügung mit einer Geldstrafe von 20 Mark belegt, weil er seine im September 1921 geborene Tochter nicht hat impfen lassen. Er beantragte richterliche Entschuldig und wurde vom Amtsgericht zur geleglich höchsten Strafe von 150 Mark verurteilt. Mit ihm zugleich hatten noch 27 Mitglieder des Impfgegnervereins gerichtliche Entschuldigungen gegen die aus gleichen Anlässen ergangenen Strafverfügungen in Höhe von 4 bis 20 Mark eingelegt. Sie wurden durchgängig mit empfindlichen Geldstrafen belegt, und zwar je nach ihrem Vermögensverhältnissen und der Höhe ihrer Vorstrafen, im Betrage von 50 bis 120 Mark. Demnach stehen 30 weitere gleichartige Fälle zur Verhandlung.

• Wiedau. In einer Gastwirtschaft in Langenau bei Zeitz vollführte ein gewisser Hahn aus Klein-Zettau eine grausame Tat, indem er einen Landwirte plötzlich in die Oberlippe biß und nicht eher losließ, bis dieselbe vollständig durchschnitten war. Die abgetrennten Stücke wurden dann Hahn auf den Fußboden aus.

• Bad Elber. Hier ist der älteste Einwohner, der Webermeister Johann Pöter, im 95. Lebensjahre gestorben. * Leipzig. Im benachbarten Mühlenthor ereignete sich am Donnerstag früh nach 12 Uhr ein schweres Autounfall. In der Nähe des Bahnhofs Mühlenthor lag ein Automobil der Rettungsgesellschaft mit einem Personentransportwagen zusammen. Dabei wurde der Personentransportwagen umgeworfen und die Insassen auf die Straße geschleudert. Der Fahrer des Personentransportwagens wurde schwer

getötet, ein Unfall schwer verfehlt. Die Insassen des anderen Wagens sorgten für die Überführung des Schwerverletzten nach dem Krankenhaus nach Brunnhildstrasse. Bei der Einschleppung dem Unfallort traf, nach erst die behördliche Untersuchung ergehen. — In der Mittwoch-Nacht waren im 8. Stock des Grundstücks Mathausstrasse 42 in dem Vorort Neudorf mehrere Schüsse gefallen. Der sofort dorthin herbeigelaufene Polizeibeamte fand den 59-jährigen Arbeiter Krödel mit einer schweren Schussverletzung am Hals beunruhigt in seiner Wohnung auf einem Korbentdecken liegend. Wegen einer Tochter war der Mann mit dem 32-jährigen Sohne in Streit geraten, im Verlaufe dessen der lächerliche Vater diesem mit einem dachziegelartigen Messer mehrere Stiche in den Kopf verleiht. Am nächsten Morgen griffen die Eltern zu Schüssen, sog der Sohn seine Schusswaffe, die er stets bei sich trug. Der erste Schuss löste sich schon als er die Waffe in der Tasche ergriff und ging in seine Wade. Die vier anderen von ihm abgegebenen Schüsse trafen einen der Vater in den Hals, ein anderer in den Leib und ein dritter den zufällig in der Wohnung anwesenden Bräutigam der Schwelger in einen Oberarm. Vater und Sohn wurden ins Krankenhaus St. Jakob überführt, während der Bräutigam in seine Wohnung gebracht wurde. Die Verletzungen des Vaters sind schwerer Natur. Der Sohn, der in Notwehr erhandelt haben will und dessen Verletzungen eine Krankenhausbehandlung nicht unbedingt nötig machen, wurde nach Auflegung von Rotverbanden in Haft genommen.

Werner. Als man hier kürzlich beim Betteln einen jungen Mann erappte, ergab sich bei der polizeilichen Vernehmung die überraschende Tatsache, daß in den Männerkleidern eine weibliche, etwa 20-jährige Person namens Marie C. steckte. Sie war im Besitz falscher Papiere und gab an, schon seit 14 Monaten in Männerkleidern herumzuwandern. So verkleidet, will sie sogar bei der Eisenbahn als Kohlenverlader gearbeitet und auch monatelang unentgeltlich auf pommerischen Gütern als Landarbeiterin Stellung gefunden haben, um so einen höheren Lohn zu erzielen. Marie C. will, wie sie angibt, nach Abkündigung ihrer Gastkarte wieder in eine solche Stellung gehen.

Warnsdorf. Ein Bild menschlichen Elends entrollt, wie die „Arbeiter“ meldet, das Schicksal des 61-jährigen, arbeitsunfähigen Maurers Franz Tausch in Warnsdorf. Der alte Mann ist seit 5 Jahren krank, vermag seinen Lebensunterhalt, zu dem die Stadt durch eine Armenunterstützung beiträgt, nicht durch eigener Hände Arbeit zu bestreiten und muß sich auf die Wohlthätigkeit der Leute verlassen, obwohl er Angehörige besitzt, die sich seiner annehmen könnten. Tausch teilte seine Wohnung u. a. mit seinem Sohne, dem 28-jährigen Arbeiter Franz Tausch, dem der Vater ansehnlich schon seit langem zur Last fiel. Die unermessliche Behandlung, die der alte Mann in der letzten Zeit erlitt, erreichte ihren Höhepunkt in einer recht abstoßenden Szene zwischen Vater und Sohn in der Nacht vom Sonntag auf Montag. Dabei behandelte Franz Tausch den alten Mann derart gewalttätig, daß der unglückliche Verletzungen am ganzen Körper davontrug. Dieser Anfall, der, wie auch die allgemeinen unheimlichen Verhältnisse, unter denen der alte Tausch leben mußte, von seinen Angehörigen nicht beachtet wurden, veranlaßte den Hausbesitzer, gegen Franz Tausch die Anklage zu erheben. Die Gendarmerie schritt ein und überführte den gewalttätigen Menschen dem Bezirksgerichte.

Die Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitfrage bei der Reichsbahn ergebnislos.

Berlin. (Funkdruck.) Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Lohn- und Arbeitszeitfrage bei der Reichsbahngehilfschaft haben, wie verlautet, zu keinem Ergebnis geführt. Die Vermittlungsversuche des Reichsarbeitsministeriums blieben ergebnislos, jedoch ein Schiedsgericht notwendig wird, der in den nächsten Abendstunden zu erwarten ist. Die Schlichtungskammer, die den Schiedsbericht fällen wird, ist heute nachmittag zusammengetreten.

Scharfe Angriffe im bairischen Landtage.

München. (Funkdruck.) In der heutigen Vormittagssitzung des Bayerischen Landtages kam es zu lebhaften Zwischenfällen. Als der kommunistische Redner Gröndfelder die Regierung wiederholt scharf angriff, erteilte ihm Präsident Königbauer nach dem dritten Ordnungsrufe und entzog ihm dann das Wort. Als Gröndfelder sich weigerte, die Rednertribüne zu verlassen, hob der Präsident die Sitzung für kurze Zeit auf. Nach Wiederaufnahme der Sitzung stand Gröndfelder noch am Rednerpult und weigerte sich wiederum, der Aufforderung des Präsidenten, das Haus zu verlassen, nachzukommen. Der Präsident unterbrach die Sitzung abermals. Nach ihrer Wiederaufnahme war Gröndfelder noch immer im Saal. Er wurde nunmehr für acht Sitzungstage ausgeschlossen. Von den kommunistischen Bänken wurden dem Präsidenten Schmährufe entgegen geschleudert. Der Präsident schloß hierauf zwei weitere kommunistische Abgeordnete von der Sitzung aus. Die drei Ausschließungen verließen unter Protestrufen und in Begleitung ihrer Fraktionsmitglieder den Sitzungssaal. Die ausgeschlossenen Kommunisten traten auf der Zuhörtribüne den weiteren Verhandlungen bei.

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin. Am 12. März 1925 fand in Berlin die Mitgliederversammlung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände statt, welcher eine Sitzung des großen Ausschusses voranging. In der Sitzung des großen Ausschusses fand eine eingehende Aussprache über Lohn- und Arbeitszeitfragen statt, als deren Ergebnis die grundsätzliche Stellungnahme zu diesem Fragentypus festgelegt wurde. Diese Stellungnahme wird der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Sie zielt in der erneuten Festsetzung, daß die zur Bedienung der Lebenshaltung erforderliche Erhöhung der Inlandskraft nicht durch Erhöhung des Nominallohnes bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, sondern nur durch Sparmaßnahmen in der Kalkulation und im Verbrauch durch höchste Arbeitsleistung mit Verbilligung der Produktion und durch Bildung neuer Betriebs- und Sparrücklagen gewährleistet werden kann.

Die Mitgliederversammlung wurde eröffnet durch einen von Weimann Dr. C. von Vorkes gegebenen Ueberblick über Aufgaben und Wünsche der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Anschließend erstattete nach Erledigung von Verhandlungsangelegenheiten Dr. Koenig den Geschäftsbericht des zurückliegenden Jahres. Er kennzeichnete die überaus großen Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Wirtschaft gerade in dieser Zeit stand, und besprach eingehend die soziale Lage, um mit einem Ausblick auf die zu erwartende Arbeit zu schließen. Der gedruckte Geschäftsbericht wird in wenigen Tagen der Öffentlichkeit vorgelegt werden. In engem Zusammenhang mit diesen Ausführungen stand der Vortrag, welchen dann Staatssekretär Sewald über „Die Verhältnisse des Wohlstandes des Volkes und die Wirtschaft“ hielt.

Der Völkervertrag zur Saarpräsidentenfrage.

Wien. (Funkdruck.) Im Widerspruch zu einer Wahnrede, die der Rat vor drei Jahren darüber getroffen hatte, daß kein Mitglied der Saargebietskommission mehr als fünf Jahre im Amte bleiben darf, beschloß der Rat gestern abend in einer Geheim Sitzung, den seit 1920 amtierenden Präsidenten der Saargebietskommission, Mauff, für ein weiteres Jahr in seinem Amte zu bestätigen und die übrigen Mitglieder für ein weiteres Jahr im Amte zu belassen. Unter diesem Umstand erklärte sich Frankreich mit dem von England unterzeichneten Vorschlag einverstanden, das Amt des Präsidenten künftig auf Grund eines jährlichen Turnus zu vergeben. In der Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet soll sich der Rat mit dem Vorschlag Frankreichs beauftragt haben, im Laufe dieses Jahres einige hundert Mann aus dem Saargebiet abzurufen.

Bewilligte Schadenersatzprämie in Amerika.

Washington. (Funkdruck.) Die deutsch-amerikanische Schadenersatzkommission bewilligt 100 Ansprüche im Gesamtbetrag von 621597 Dollar.

Präsident Coolidge — Frhr. v. Maschan.

Washington. (Funkdruck.) Präsident Coolidge erklärte in seiner bei Ueberreichung des Botschaftsbriefschreibens des deutschen Botschafters Freiherrn v. Maschan gehaltenen Ansprache weiter: Der Botschafter kann der Unterstützung und des Vertrauens der Washingtoner Regierung versichert sein. Freiherr v. Maschan sei zu einer Zeit nach Amerika gekommen, als das deutsche Volk den Tod seines ersten Präsidenten, als eines Mannes von unbedingter Makellosigkeit und von hoher Sympathie beklagte. Der verstorbene Reichspräsident Ebert habe die außerordentlich schwierige Aufgabe gehabt, die deutsche Republik in ihren ersten unruhigen Jahren zu führen und er habe dies mit Erfolg getan, da er seine Blicke stets auf Recht und Gerechtigkeit gerichtet habe. Seine Erfolge seien auch darauf zurückzuführen, daß er von Männern mit gutem Willen unterstützt worden sei. Daß Amerika das Vorrrecht gehabt habe, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, sei für alle Amerikaner ein Grund tiefer Verbitterung.

Freiherr v. Maschan erklärte dem amerikanischen Präsidenten, Eberts letzte Anweisung habe darin bestanden, ihm die Uebermittlung des Ausdrucks seiner großen persönlichen Achtung für die Vereinigten Staaten von Amerika und seine aufrichtigen Wünsche für die Wohlfahrt dieses Landes aufzutragen.

Präsident Coolidge erklärte weiter: Amerika könne auf eine langjährige republikanische Geschichte zurückblicken. Er hoffe, der Botschafter werde aus dem Studium der von Amerika in den 17. Jahrhunderten demokratischer Regierung gesammelten Erfahrungen Nutzen ziehen. Der Botschafter selbst habe von den sozialen und kulturellen Beziehungen der beiden Länder gesprochen. Er hoffe, daß diese sich auch weiterhin verbinden werden, da geistige Beziehungen mehr als materielle zu einer dauernden Befestigung der Lage der Welt beitragen könnten. Der Präsident sprach alsdann dem Botschafter für die Freundschaftsbezeugung des verstorbenen Reichspräsidenten und für die von ihm ausgebrachten herzlichen Wünsche seinen Dank aus.

Eine deutsche Staatsangehörige von einem tschechischen Sicherheitsbeamten bergewalligt.

Rom. (Funkdruck.) Die Blätter berichten alle ausführlich den Fall einer Vergewaltigung einer Ausländerin im Zuge Rom-Florenz. Es hat sich herausgestellt, daß das Opfer eine deutsche Staatsangehörige ist, deren Eltern in Frankfurt wohnen, und daß der Schuldige ein Mitglied der tschechischen Eisenbahnmiliz ist, welcher für die Sicherheit in den Bahnhöfen zu sorgen hat. (!)

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme

Moskau, am 13. März 1925.
Rückgang der Großhandelsindexer.
Berlin. (Funkdruck.) Die am den Sonntag des 11. März berechnete Großhandelsindexer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 5. März (136,7) um 0,3 vom Hundert auf 136,3 zurückgegangen.
Die französische Sprache als Gerichtssprache in Elsass-Lothringen.
Berlin. Der Lokalanzeiger meldet aus Paris: Der Senat hat gestern nachmittag beschlossen, die französische Sprache als Gerichtssprache in Elsass und Lothringen einzuführen.
Moskau und der Eisenbahnstreik.
Berlin. Die Tägliche Rundschau erzählt aus zuverlässiger Quelle: Die Streikbewegung unter den Eisenbahn- und Metallarbeitern ist von der Berliner Sektion der 3. Internationale auf Weisung von Moskau hin eingeleitet worden, da die durch den Tod des Reichspräsidenten geschaffene innere Lage für eine kommunistische Aktion besonders günstig sei.

Verheerende Nordstürme.
Amsterdam. (Funkdruck.) In Verbindung mit den starken Schneefällen ist über den südlichen Teil der Zudeersee ein schwerer Nordsturm dahingegangen, der namentlich auf dem IJsselmeer große Verheerungen anrichtete. Zwei Fahrtenge Frachten, jedoch konnte die Bemannung gerettet werden. Das Wasser der See lag über den Nordstreich von Marken hinweg und das IJsselmeer ist zum Teil bereits unter Wasser gesetzt worden. Das Wasser steigt noch weiter und die Verbindung mit dem Festlande ist infolge der Schneestürme unterbrochen.
Streik der Metallarbeiter in der Lombardei.
Mailand. (Funkdruck.) Die diesige Metallarbeitergewerkschaft hat sich der Bewegung der Metallarbeiter von Brescia angeschlossen und für alle Betriebe in der Lombardei den Streik verkündet.
Die Parlamentswahlen in Ägypten.
Kairo. Die Wahlen zum Parlament sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Bagdad selbst wurde mit übermäßiger Mehrheit gewählt.

Bemerktes.

Schneegestöber in Dortmund. Nachdem in den letzten Tagen schon leichte Schneefälle erfolgt waren, setzte heute in der Mittagsstunde ein außerordentlich dichtes Schneegestöber ein, das große Verkehrsstörungen hervorrief. In den Außenbezirken der Stadt mußte die Straßenbahn innerhalb kurzer Zeit mitten auf der Straße stillgesetzt werden. Auch die schweren Lastautos mußten

stehende auf der Straße liegen bleiben. Im Eisenbahnverkehr traten große Verstopfungen ein.
Schwere Sturmchäden in Norbitalien. Der Sturm der letzten Tage hat in Norbitalien bedeutenden Schaden angerichtet. Hagel und Schnee führten überall zu großen Zugverstopfungen. Bei Ronfalcone gingen fünf Fischerboote unter. Die kleine Gemeinde Villa Stanza in der Nähe von Mailand wurde vollständig eingekreist, da wegen des Sturmes ein dort entzündetes Feuer nicht gelöscht werden konnte. Auch im Hafen von Ancona hat das Unwetter große Verheerungen angerichtet. In Venedig ertranken zwei Fischer in den Lagunen, drei weitere werden vermisst. Die Feuerwehr sucht mit Motorbooten die Lagunen ab, um die vom Sturm plötzlich überraschten Fischer zu retten. Aus Udine und Umgebung werden heftige Schneestürme gemeldet.
Liebestragödie einer italienischen Aristokratin. In Palermo ereignete sich eine aufsehenerregende Familientragödie. Der 23-jährige Marchese Mira verwundete seine Stiefmutter, mit der er ein Verhältnis hatte, durch mehrere Revolverkugeln. Diese Szene spielte sich vor dem Sterebett seines Vaters ab. Nachdem die Marchese schwer verletzt zusammengebrochen war, jagte sich der junge Mann selbst eine Kugel durch den Kopf. Er war sofort tot.

Eine seltsame Familientragödie. Der alte Marchese Mira in Palermo hatte nach dem Tode seiner Gattin wieder geheiratet, aber die junge Frau trat binnen kurzem in Beziehungen zu dem Sohne des Marchese, einem 16-jährigen Schüler. Das Verhältnis dauerte drei Jahre, bis der junge Marchese bemerkte, daß seine Stiefmutter noch einen anderen Liebhaber niederen Standes hatte, den Sohn des Vortiers. Darauf erschloß der jüngere Marchese seine Stiefmutter und sich selbst.
Das Rastermesser im Darm? Alois Grner, der sich gegenwärtig in Untersuchungshaft befindet, ließ sich dem Brager Gerichtsarzt vorführen und erklärte, er sei in Rumburg mit einigen Lumpen zusammengekommen, die ihn genötigt hätten, ein Rastermesser zu verschlucken. Er habe nun Magenbeschwerden und wüschige operiert zu werden. Man ließ ihn röntgenuntersuchen und fand in einem Darmteil einen etwa fünf Zentimeter langen und zwei Zentimeter breiten Fremdkörper. Die Ärzte erklärten, eine Operation sei derzeit nicht angezeigt. Die Gattin Grners will sich nun bemühen, die Operation durchzuführen.

Weibliche Wucherer. In London gibt es gewerkschaftliche Selbstwehrverbände, die durch wucherische Ausbeutung fremder Notlage schon mehr als ein Menschenleben vernichtet haben. Mit 20 oder 30 Pfund Grundkapital, manchmal auch noch weniger, beginnen sie ihr Geschäft und wollen es dezent zu führen, daß sie nicht nur beglückt leben, sondern auch noch große Gewinne zurücklegen können. Polizei und Gerichte sind machtlos gegen diese Dämonen. Sie wissen sich gelegentlich sogar noch ihrer unangenehmen Geschäftstätigkeit zu rühmen. So hat eine solche Wucherin in einem dieser Tage verhandelt, Prospekt zugegeben, daß der männliche Wucherer im Verhältnis zum weiblichen eine wahre Hölle der menschlichen Gesellschaft sei. Zahlreiche Opfer sind bereits zum Selbstmord getrieben worden. Diese weiblichen Wucherer suchen sich gerade unter den Frauen mit Vorliebe ihre Kunden. Sie wissen die leichter empfänglichen Gemüter ihrer Geschlechtsgenossinnen so zu erischen, daß sie sich ihnen willenlos ausliefern.

Der Sahara-Flug beendet. Die französischen Flieger Lemaitre und Archaud sind, von El Golea kommend, glücklich in Algier gelandet.

Fliegende Dreadnoughts. Die englischen Blätter berichten, werden in den britischen Ozeanverkehlungen ganz neuartige und riesige Flugzeuge gebaut. Flugzeuge, die 20 Soldaten aufnehmen, große Bombenflieger, die einen ununterbrochenen Flug von 3000 Meilen ausführen können, und große Seeflugboote, die, wenn nötig, mehrere Tage die See aushalten können. Diese fliegenden Dreadnoughts werden die Flotte begleiten und mit Nebelhörnern, Fahrlichtern, mit Anker und anderen Seerausrüstungsgegenständen versehen sein. Der erste dieser Flugkreuzer macht in Feiertagen seine ersten Probeflüge. Die Leitung der Flugkräfte fährt derzeit Versuche aus mit dem amerikanischen Fernfluglichter, der nur 18 Pfund wiegt, und mit dem jeder Mann der Flugbesatzung ausgerüstet werden soll.

Die Frächter von Nordböhmen und aus der Gaus. Dem Telemont-Geschäft wird aus Reichenberg in Böh. geschrieben: Ein Todesfall bringt ein Stückchen alte nordböhmisches Geschicht in Erinnerung. Eine vollständige Figur, der 60-jährige Frächter Wilhelm Gernert aus Niederrachitz im Riesengebirge ist diese Woche gestorben. Eine Frächterfamilie hat mit ihm aus. Ein Stück nordböhmisches Geschicht geht mit ihm dahin. Auf immerwiedersehen. Denn was in der Familie Gernert Tradition, das gehört schon einer vergangenen Zeit an, welche schon längst nicht mehr in die Zeit der Eisenbahnen, Postautos oder gar der Flugzeuge. Ein Leben auf der Straße, auf der Waise war es, das der Verstorbene durch 40 Jahre führte. In guten und bösen Tagen, in Sommer und Winter, bei Sonnenhitze und Schneestürmen war Gernert mit seinen Säulen auf der Straße. Wie seine Vorfahren, so vermittelte auch er, trotz Vork und Bahn den Frachverkehr zwischen der deutschböhmisches Metropole Reichenberg und den Riesengebietorten. In dem großen Frachtwagen lud er verschiedene Waren für die Kaufleute, besorgte diesem und seinem jenseit, brachte den in Reichenberg Studierenden nebst väterlichen und mütterlichen Wünschen die Bäckchen, Fleisch, oder Weißbrot und wurde auch heute noch, wie vor 40 Jahren, gern erwartet. Jede Fahrt dauerte drei Tage. Und die ganze Woche fuhr Gernert und nur der Sonntag gehörte ihm und den Seinen. Seine Vorfahren besorgten nicht nur den Verkehr mit Reichenberg, sondern sie gesteuerten auch zu den ständigen nordböhmisches Frächtern, welche ehemals den Verkehr mit Wien und Triest herstellten. Das von jeder gewerkschaftliche Nordböhmen, zu dem ja auch die heutige Lausitz und teilweise die alten Sechstädte gehörten, unterhielt, ohne daß das Dampfrohr erfunden wurde, einen genau geregelten emsigen Frachverkehr mit Prag, Wien und Triest. Galt es hoch, die reichen Erzeugnisse Nordböhmens, Stoffe, namentlich die berühmten Reichenberger Tuche, die bekannten Warnsdorfer Hofenszene, die Nürnberger und Schladener Weinwand, Glaswaren etc. Lebensmittel, Bedarfswaren usw. einzuführen. Natürlich besorgten die Frächter auch die Post. Dort, wo heute schwere Postautos feuchten, fuhr damals der breite Frachtwagen mit seiner obliegenden Plane, der großen Räder vorn und den vielen anderen Attributen einer verflochtenen Verkehrswelt. Vor den zahlreichen Bergen Nordböhmens standen die Pferdewehrschellen, die Schmieben, die Einkehrhäuser. Das ebener der fahrende Sängers, das war später der regelmäßig kommende Frächter: lebendige Postkutsche. Aber nicht nur von Nordböhmen, vielmehr bis von Dresden und Reichenberg kamen die Frachtwagen, die für Wien bestimmt waren und führten auf der seit ältesten Zeiten bekannten Straße Reichen-Schladener-Nürnberg-Schöber-Pöbel-Prag. Ein tüchtiger Frächter war ein vielumworbener Mann, der sein schweres Stück Geld verdient, nicht nur durch die genau festgesetzte Pracht, sondern auch aus dem hundertfachen Gefälligkeiten heraus. Eine Fahrt Nordböhmen-Wien dauerte, je nach der Route mit den Aufenhalten 8 bis 14 Tage für eine Tour.

Geschäfts-Übernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage die Stadtkaffee-Strasse 1 verlassen habe.

:: Bäckerei ::

übernommen habe. Durch meine Tätigkeit in nur erklaffenen Geschäften bin ich in der Lage, alle Ansprüche des Publikums zu stellen und es wird mein eifriges Bestreben sein, eine mich bedehrende Mühsal durch saubere und schmackhafte Ware stets recht zu bedienen. Ich bitte um gütige Unterstützung und zehle hochachtungsvoll

Martin Partzsch.

Riesa, 13. März 1925.

Vereinsnachrichten

Ambition, Arion, Orpheus, Sängertrupp, Zahnverband. Sonnabend, 14. März a. c. um 8 Uhr Probe zur Selben Gedächtnisfeier, Aula der Oberrealschule. Viederbücher 1.-3. Band mitbr. **Sombob, Verein.** Sonnabend 8 Uhr Schlachthof. **D. O. G.** Sonntag, 15. 3., 8 45 Uhr vorm. Versammlung vor der Trinitatiskirche zur Teilnahme am Gedächtnisgottesdienste. Anschließend Frauenüberlegung an den Kriegerveteranern. **Orpheus Orchester.** Sonntag, 15. d. M., 9 Uhr Trinitatiskirche. **Plaschnitz.** **Evang. nat. Arbeiterverein Riesa.** Teilnahme an der Veranstaltung des Junadeutschen Ordens 14. 3. 8 Uhr Stern. Sonntag, 15. 3., zum Gedächtnis, feiert der Verein vorm. 9 Uhr im Wett. Hof mit Banner. Jährl. Teilnahme erwünscht. **Militärverein Gröba.** Zum Tragen Gottesdienst Sonntag, 15. März, Stellen 9 Uhr im Unter. Bahnhofs Pforte. **Sächs. Militärverein Weida.** 15. 3., zum Volkstrauertag für die Opfer des Weltkrieges, Stellen 9 Uhr bei Kapm. Walthers zum Kirchgang (mit Fahne). Nach dem Gottesdienst feiert mit Kranzüberlegung am Kriegerveteranen unter Mitwirkung des Volksmanns. Beteiligung aller Kameraden ist Ehrenpflicht.

Bund Deutscher Radfahrer.

Alle Sportkameraden des Bezirks Riesa werden zu der am Montag, 16. März, abends 8 Uhr im Wettiner Hof stattfindenden **Bezirksversammlung** eingeladen. Die Bezirksleitung.

Jungdeutscher Orden

Balleifolgschaft Riesa.



Zu dem am Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr im Hotel 3. Stern stattfindenden

Jungdeutschen Abend

laden wir alle deutschgesinnten Männer und Frauen herzlich ein. Der Großmeister.

Verein für Bewegungsspiele

Riesa-Gröba, e. V.

In unserem am Sonntag, 15. 3. 25, im Gasthof Mergendorf stattfindenden

Tanz-Kränzchen

werden alle nochmals herzlich eingeladen. Anfang 5 Uhr. Der Vorstand.

Schützenhaus Riesa.

Sonnabend, 14. März, abends 6 Uhr

Herausforderungs-Ringkampf Riesa-Jahna.

Reichsbannerfahne. Saal geheizt. Abf. Klub Giechtr.

Stelle von Sonntag ab einen frischen Transport

Dänisch., Holst.,

sonstige

Oldend. Pferde,

schweren und leichten Schlages, in meiner Behausung zu möglichst billigen Preisen zum Verkauf.

Gustav Ziegenball, Briesewitz

Telefon Nr. 218.

Pferde-Verkauf.

Stelle von Sonnabend, 14. März, ab wieder eine Auswahl prima

Wagen- und Arbeitspferde,

leichter, u. schwereren Schlages, im Gasthof zur Goldenen Krone, Großenhain, zu wirklich billigen Preisen u. reeller Bedienung, sowie

günstigen Zahlungsbedingungen zum Verkauf.

Ost. Vennwitz, Großenhain, Telefon 95.

Vereinigte Militärvereine.

Sonntag vormittag 10 1/2 Uhr Sammeln der Vereine mit Fahnen im Wettiner Hof. Abmarsch um 11 1/2 Uhr zum Gottesdienst in der Trinitatiskirche anlässlich der Gedächtnisfeier für die Opfer des Weltkrieges. Die Kameraden werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Militärverein 1. Riesa
Kriegerverein „Adria Weber“
M. V. „Jäger und Schützen“
M. V. „Artillerie, Pioniere und Train“
M. V. „Deutsche Kavallerie“
Verein „ehemal. Kolonialkrieger und -Interessenten“
Militärverein Bobbin-Weinendort.

Echt Köstritzer Schwarzbier in Flaschen. **J. Ehler** Riesa, Fernruf 447.
von der Fürstlichen Brauerei Köstritz

Sächsischer Hof

Sonnabend und Sonntag nachm. 4 Uhr

KONZERT

Wäsche

für Konfirmanden:

Oberhemden ab 34 Halsweite, einfache Taghemden, do. Kragen, Strawatten, Taschentücher usw.

Für die Konfirmandin:

Gendhosen, Taghemden mit Reinfeld, Prinzröcke moderne Form, Nachthemden, Schürzen usw. alles eigene Anfertigung (mit Sonder-Rabatt!) kaufen Sie in solider Ausführung preiswert bei

F. Gaertner, Gröba

Gartenstr. 11 - Fernruf. 558.

Nach kurzem schweren Leiden verschied sanft und ruhig Donnerstag früh unsere liebe gute Schwägerin, Schwägerin und Tante, Frau Oberpostkassier **Pauline verw. Bähr geb. Reil.** Riesa, den 13. 3. 25. Die trauernden Hinterbliebenen. Beerdigung findet Montag nachm. 3 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Statt Karten.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für den schönen Blumenschmuck bei dem plötzlichen Hinscheiden unserer inniggeliebten, unvergesslichen, einzigen Tochter und Schwester

Emmy Loy

sagen wir hierdurch allen unseren tiefgefühltesten Dank. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Stempel für die tröstenden Worte am Sarge und dem Kirchenchor Gröba für den schönen Gesang, auch allen denen, die unserer lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben.

In tiefer Trauer
**Gustav Loy und Frau
Erich Loy.**

Riesa-Gröba, Rittergutstraße 1,
den 12. März 1925.

Nachruf!

Am 9. März 1925 verloren wir durch den Tod viel zu früh unseren lieben **Jugendfreund Otto Riedel**

dem wir ein treues Gedenden bewahren werden.

Habt Ihr gehört der Glocken banges Ringen?
Es galt für unsern lieben Jugendfreund.
Er ward zur ew'gen Ruh' hinaus getragen,
Wo er mit seinem Vater schläft vereint.

Verstümmelt standen wir an seiner Bahre,
Dart, unerbittlich mäh' der Schnitter Tod,
Er fragt nicht nach der Jugend frohen Jahren,
Tragt nicht nach einer Mutter Schmerz und Not.

Mit rauher Hand nahm er das junge Leben,
Das hoffnungsvoll den Frühling hat erseht,
Er sollte Kraft ihm und Genesung geben,
Hat nicht so nach dem Grabe sich gewandt.

Das Menschenschicksal steht in Gottes Willen,
Sein Walten kennt nicht unser schwacher Geist,
Vor seiner Macht steht'n wir erschauernd stille,
Wir fühlen nur was Abschiednehmen heißt.

So schlummere sanft in lächeln Himmelsfrieden,
War schmerzlich auch das Auseinandergehen,
Als treuer Freund bist Du von uns geschieden,
Wohl Dir! Nun ruhe sanft! Auf Wiederseh'n!

Deine Jugendfreunde von Rüderau.

Wohltätigkeitsverein Söchl. Sechsschule

Zweigverein Glaubitz

ladet zum

Maskenball-Katerbummel

im „Gasthof 3 Willen“ für Sonntag, den 15. 3. 25, freundlich ein. Beginn abends 7 Uhr. Freilauf.

Gasthaus Stadt Leipzig.

Morgen Sonnabend, sowie Sonntag

große Variete-Vorstellungen

mit Vorkierenschauf.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, 15. März, von 5 Uhr an

großes öffentliches Stiftungsfest

Es ladet nochmals ergebenst ein
der Rautenschmiedeverein Pausitz.

Gasthof Grödel

Sonntag, den 15. März

öffentl. Ballmusik.

Gasthof Nünchritz.

Sonnabend, 14. März, 8 Uhr, a. Karlsruhmann

großes Militärkonzert

ausgeführt von der gesamten Kapelle des 3. Batf. Infant.-Regt. 10. Dresden.

Leitung: Obermusikmeister Arnold.

Nachdem feiner Ball.

Sonntag, 15. 3., 2 Uhr Preis-Festen.
Erbreicht ladet ein **Max Henrich.**

Club „Fidele Brüder“

Lorenzkirch.

Sonntag, den 15. März

Stiftungsfest

im Gasthof Söchl.

— Anfang 6 Uhr. —

Dazu ladet herzlich ein **der Vorstand.**

Preiswerte Stoffe

Gabardine, Poveline, Cheviot, gestreifte und farvierte reine Wollstoffe, Woll- u. Baumwollmuffelwolle bis auf weiteres mit

10 Prozent Rabatt.

Angenehme Teilzahlung.

Das neue Stoffen- und zum großen Teil lagernde Schnitt erhalten Sie bei

F. Gaertner, Gröba

Gartenstraße 11. Fernruf. 558.

Leiterwagen

Ersatzräder

zu billigen Preisen.

P. Taupitz

Marktstraße (Nähe Amtsgericht).

Noa's Likör-Essenzen

einmal probiert, immer gekauft. Preis Flasche 1 M.

Hauptdepot:

Ankerdrogerie

Friedrich Büttner
Bahnhofstr. 16. Tel. 136.

Billig und doch das Beste ist meine Parole!

Apfelsinen

sattigfüßige blond und blond, in Kisten

Bratheringe

erklaffige Marken

in 1/2, 1, und 1/4 Dosen.

E. Nitzsche

Poppitzer Straße 51.

Sächsischer Landtag.

Annahme des Wohlfahrtspflegegesetzes.

III. Dresden, 12. März 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Abg. Dr. Kohnert (Dem.) die Konstituierung des Vermittlungsausschusses mit. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die zweite Beratung über den

Entwurf eines Wohlfahrtspflegegesetzes.

Abg. Bellisch (Soz.) legt als Berichterstatter in großen Zügen die Ziele dar, die durch das Gesetz erreicht werden sollen. Sachien werde unter den deutschen Ländern das erste sein, das ein auf landesgesetzlicher Grundlage geregelter Wohlfahrts- und Jugendfürsorgewesen erhält. Ein Fürsorgewesen, das ein wohlüberdachtes geschlossenes System im Rahmen der Reichsfürsorgeverordnung vom Februar 1924 darstellt. Das sächsische Gesetz mußte außer auf die Reichsgesetzgebung auch auf das praktisch Mögliche Rücksicht nehmen. Trotz anfänglicher Differenzen mit dem Finanzministerium habe letzteres doch die Notwendigkeit des Gesetzes erkannt. Das Gesetz bezieht die kleinen gemeindlichen und verbandlichen Fürsorgebezirke und spreche entscheidend aus, daß der Staat der Träger der öffentlichen Wohlfahrts- und Jugendpflege ist. Die freien Vereinigungen der Wohlfahrtsvereine würden nicht ausgeschlossen, sondern würden in den Dienst des Staates eingeordnet. Nebenher ist schließlich um Annahme des Gesetzes in der von dem vereinigten Rechts- und Haushaltsausschuß II abgeänderten Fassung.

Finanzminister Dr. Reinhold: Das Finanzministerium gehe, wenn es sich um soziale Einrichtung handle, bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates. Bedenken habe er nur gehabt wegen der eingetretenen Verdrängung der Kostenaufbringung. Die Regierung könne dem Gesetze nur unter der Bedingung zustimmen, daß der eingetretene Kostenverdrängung beim Finanzausgleich Rechnung getragen werde.

Abg. Prof. Dr. Hertwig (DVP.) geht als Mithilberichter- statterin auf Einzelheiten der von den Ausschüssen beschlossenen Abänderung ein.

Abg. Siebert (D.) äußert nochmals die Bedenken seiner Partei und warnt grundsätzlich vor der Tendenz des Gesetzes, die künftige Wohlfahrtspflege auf eine vollständig neue und viel zu komplizierte Organisation aufzubauen. Man hätte lieber das alte Erprobte sichern, anstatt Neues einführen zu lassen. Vor allem müßte die amtliche Fürsorge sich die Mitwirkung der freiwilligen Fürsorge ohne jedes Vorurteil sichern. Der Staat müsse bemüht sein, einen gerechten Ausgleich zwischen Staat und Gemeinden herbeizuführen. (Finanzminister Dr. Reinhold: Das ist selbstverständlich!) Ueber diese Selbstverständlichkeit des Herrn Finanzministers freue ich mich.

Abg. Behrmann (Dem.) begrüßt den Uebergang der Wohlfahrtspflege auf den Staat. Die Gefahr der Bürokratisierung liege allerdings vor.

Abg. Frau Schilling (Vintfos.) meint, die Gesetzgeber wollten hier aus der Not eine Tugend machen. Eine Verbesserung der Lage der Hilfsbedürftigen werde durch das Gesetz nicht eintreten; wohl aber bedeute es einen weiteren Schritt zum Abbau der Kriegsschuldigen- und Hinterbliebenenfürsorge.

Abg. Kölling (DVP.) bemerkt persönlich, daß es vom Leipziger Fürsorgeverband mit Bitterkeit empfunden werde, daß ihm alles Gute, das er sich in jahrelanger Arbeit aus eigenen Mitteln geschaffen habe, mit einem Federstrich genommen werden solle. Es bedeute dies einen unangenehmen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden und Zweckverbände.

Abg. Bentler (D.) unterstützt den Wunsch Leipzigs, seine Anstalten, die es sich aufgebaut habe, auch ferner behalten zu können.

Abg. Lippe (DVP.) empfiehlt den Entschließungsantrag seiner Partei, in die Ausführungsverordnung eine Bestimmung aufzunehmen, die besagt, daß bei Wirtschaftskrisen die öffentliche Wohlfahrtspflege nicht in einer Weise auszuüben werden kann, die eine einseitige Parteinarbeit enthält. Die Unterstützung muß auch in solchen Fällen individuell nach der Bedürftigkeit gewährt werden.

Abg. Eberle (D.) ist persönlich der Ansicht, daß das Gesetz nicht zur Förderung, sondern zur Behinderung der Wohlfahrtspflege beitragen werde. Er wünsche, daß jede Gemeinde von 5000 Seelen das Recht habe, einen eigenen Pflegebezirk zu bilden.

Abg. Siewert (Komm.) ist der Ansicht, daß das Gesetz nur geschaffen worden sei, um den Wohlfahrtsberechtigten etwas zu nehmen. Not und Elend werde man mit diesem Gesetz nicht beseitigen. Die Ueberströmung des Gesetzes müßte lauten: Gesetz über Unterfütterung der Opfer der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. Mindestens müßte das Recht auf Unterfütterung festgelegt werden.

Arbeitsminister Ullmer: Man müsse doch anerkennen, daß das Gesetz dem voranstehe, was man in Deutschland auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege anstrebe. Die Betätigung der Gemeinde solle nicht erstickt werden; es werde nur eine tragfähige Grundlage geschaffen. Den Kreis, die sich bisher selbstlos in den Dienst der Wohlfahrt gestellt hätten, gebühre voller Dank und er hoffe, daß sie es auch künftig tun würden. Die Striegelfürsorge habe abgebaut werden müssen, weil der Verwaltungsapparat beinahe völlig kollabiert, als Unterfütterungen gegeben wurden. Es sei kein Zufall, daß Leipzig sich erst in voriger Woche einen Zweckverband geschaffen habe, dem es heute die Anstalten überwiesen habe. Die staatlichen Interessen gehen über die des Einzelnen. Wenn die Leipziger Anstalten, die in der Hauptsache mit außer-sächsischen Kindern belegt seien, dem Staate verloren gingen, dann müßte eine neue Anstalt gebaut werden.

Nach weiterer Aussprache, die sich auch um die Frage dreht, ob der Kreisvorsitzende als Vorsitzender des Fürsorgeverbandes Staatsbeamter oder ausführendes Organ der Selbstverwaltung ist, wird über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Die Minderheitsanträge werden abgelehnt, während die Mehrheitsanträge der Ausschüsse Annahme finden.

Abends 6 Uhr ist der erste Punkt der Tagesordnung endlich erledigt und es beginnt die

Beratung über die Amnestieanträge.

Zunächst begründet Abg. Edel den bekanntem weitgehenden Antrag der Linksozialisten und verlangt u. a. auch die sofortige Begnadigung Zeigners. Er behauptet, in der Strafkammer, die über Zeigner geurteilt habe, hätten Richter gesessen, die nicht unbefangene sein konnten, weil sie vorher von Zeigner wegen ihrer monarchistischen Gesinnung gerügt worden seien. Es sei Pflicht des Justizministeriums, die Momente nachsprachen, die das Gericht vielleicht nicht habe berücksichtigen können, weil es einseitig eingestellt gewesen sei.

Abg. Bellisch (Soz.) begründet einen Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, die Regierung zu erlauben, bis zur Beabsichtigung einer Reichsamnestie für die im Zusammenhang mit der Inflation, Lebensmittelknappheit oder den

Kämpfen um die Lohn- und Preisgestaltung begangenen Straftaten in weitestgehender Weise auf dem Wege der Einzelbegnadigung dem Verlangen nach einer Amnestie nachzukommen und dabei insbesondere den im wesentlichen unbefangenen und unbescholtenen Beschuldigten Gnade zu gewähren, ihnen auch im gleichen Umfange zur Durchführung des Strafverfahrens Strafverfolgungsausschuß zu erteilen. Der Antrag solle eine praktische Arbeit für diejenigen leisten, die eine Entlassung aus der Strafkast verdienen. Der Antrag, den Edel vorgetragen habe, wolle eine Landesamnestie, während der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Prinzip eine Reichsamnestie fordere. Auch Zeigner sei stets der Ansicht gewesen, daß eine Reichsamnestie einer Landesamnestie vorzuziehen sei. Die Kommunisten bezweifelten mit ihrem Antrage, auch solche Leute aus dem Justizhause zu bringen, deren Taten eine Begnadigung nicht verdienen.

Abg. Siewert (Komm.) stellt namens seiner Fraktion die Anfrage an die Regierung, wie sie sich gegenüber einer Reichsamnestie verhalte.

Justizminister Brüner:

Er sei stets für Einzelbegnadigungen und gegen eine allgemeine Amnestie gewesen und habe sich in diesem Sinne auch dem Reichsjustizministerium gegenüber ausgesprochen. Diese seine Stellungnahme entspräche übrigens auch den Beschlüssen des Landtags. Politische Einzelbegnadigungen seien neben der üblichen Weihnachtsbegnadigung fortlaufend erfolgt. Er lehne es ab, nochmals auf das Urteil gegen Zeigner einzugehen. Entgegen den Ansagen Edels habe das Gericht festgestellt, daß Zeigner eine seinem hohen Amte widersprechende niedrige Personenaussage gemacht habe. Eine Einzelbegnadigung könne übrigens der Landtag gar nicht fordern, sondern nur eine allgemeine Amnestie beschließen. Sei aber der Landtag der Meinung, daß der Minister sein Begnadigungsrecht falsch anwende, so könne er ein Misstrauensvotum einbringen. Dem Antrage der Reichsozialisten sei die Regierung geneigt, anzustimmen. Im ganzen befänden sich noch 118 Personen in politischer Strafkast. (Abg. Siewert tritt: 2000 sind es!) Dann wissen Sie es eben besser als ich. Von diesen 118 kommen viele wegen der Schwere ihrer Delikte für eine Begnadigung nicht in Betracht. — Die Anträge der Linksozialisten werden an den Rechtsausschuß verwiesen, der vom Abg. Bellisch bearbeitete Antrag der Reichsozialisten findet einstimmige Annahme.

Um 8 Uhr beginnt Abg. Kerner (Komm.) mit der Begründung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse. Haus und Tribunale seien sich, wodurch sich aber der Redner nicht abhalten läßt, eine Angelegenheit zu besprechen, die durch die inzwischen erfolgte Aufhebung des Verbots eigentlich erledigt ist. Außer dem Redner sind noch der Reichspräsident und ein kommunistischer Abgeordneter anwesend. Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung: Dienstag, 17. März, nachm. 1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

abg. Berlin, 12. März 1925.

Präsident Voche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Koenen (Komm.) wiederum die sofortige Behandlung des Eisenbahnerstreiks, der sich außerordentlich verhärtet habe. (Widerstand.) Die Abgeordneten hätten vor der Gefahr, in Berlin inhaftiert zu werden, zu stehen.

Abg. Schumann (Soz.) stellt demgegenüber fest, daß gerade das Gegenteil richtig sei. Rechts wird höflich! Es sei eine Verhandlung darüber zustande gekommen, die Differenzen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das bereits am Freitag beim Arbeitsministerium aufzusammeln werde. (Beifall.)

Abg. Koch-Tüschendorf (Dn.) erhebt ebenfalls Protest gegen die falschen Behauptungen Koenens. Er bittet den Reichstag dringend alles zu vermeiden, was in die bevorstehenden Verhandlungen störend eingreifen könnte.

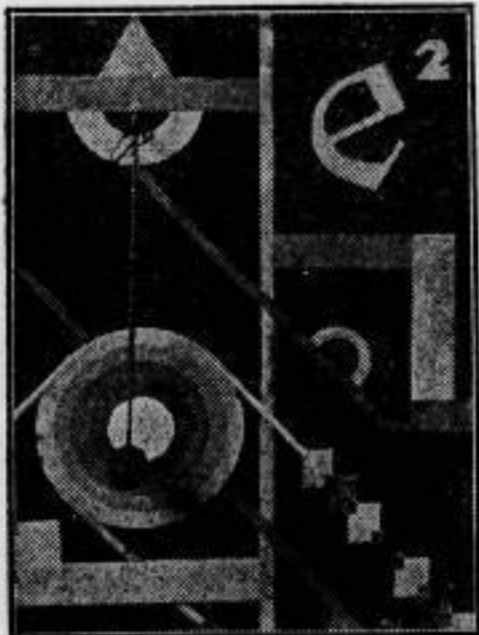
Da Einspruch erhoben worden ist, ist der kommunistische Antrag damit erledigt.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Juni stattfinden soll. Der Ausschuß hat beschlossen, die Handwerksbetriebe besonders festzuhalten. Accurac ist die Regierung aufgefordert, eine Enquete vorzunehmen, durch die die Bildung von Konzernern und Interessengemeinschaften in der deutschen Wirtschaft festgestellt wird.

Abg. Meißner (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuß hat der Vorlage zugestimmt. Abg. Dr. Jürissen (Dn.) beantragt die Erhebung auch auf die wohnungswirtschaftlichen Verhältnisse ausgedehnt.

Ein Regierungsvertreter sagt zu, daß auch solche Erhebungen in Bälde stattfinden würden. Eine Verbindung mit der allgemeinen Volkszählung ist aber nicht zu empfehlen. Abg. Dr. Jürissen (Dn.) zieht darauf seinen Antrag zurück.



Dies ist ein Gemälde.

so unglücklich es scheint. Es ist in der eben eröffneten Ausstellung des „Sturm“ in Berlin zu sehen und heißt „Tropfen“. Das Fendel ist nicht gemalt, sondern leibhaftig mit einem Nadeln am Bild befestigt. — Der Künstler heißt Mirosław Ponc.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über

Zusatzforderung für Renten aus der Invalidenversicherung.

die der Ausschuß für soziale Angelegenheiten unter Erhöhung der Beiträge der Regierung angenommen hat. Staatssekretär Geib stellt fest, daß die Invalidenversicherung nach der Inflation wieder neu belebt ins Leben gerufen werden konnte. Sie habe schon wieder viele Millionen Goldmark an Renten leisten können.

Reichsfinanzminister von Schlieffen erklärt, daß die Regierung trotz erheblicher finanzieller Bedenken der Vereinbarung von 115 Millionen Mark für die Aufwertung der Invalidenrenten zugestimmt habe. Darüber noch erheblich hinauszufragen, halte die Regierung aber nicht für möglich. Es entsteht sonst die große Gefahr, daß die Ausgaben des Reichstags nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt werden können, und daß das Reich seine öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen könne. Der Minister bittet daher dringend, den Haushalt nicht weiter zu belasten. Auch nach der neuen Steuerreform und dem neuen Finanzausgleich entstehe jetzt schon ein Nachbetrug von mehreren hundert Millionen für 1925 und die folgenden Jahre. Eine Erhöhung des Reichsausschusses zur Invalidenrente um 50 Prozent sei das alleräußerste, was eine vorsichtige Finanzpolitik noch verantworten könne. Der Minister bittet dringend, es bei den Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.

Abg. Karsten (Soz.) tut die vorgesehene Erhöhung als Mißspiel an und wirft dem Reichstag vor, er sei ganz unsozial, wenn er nicht eine beträchtliche Erhöhung der Sätze vornehme.

Abg. Esser (Zentr.) warnt vor autoritären Phrasen in dieser ersten Sache. Man habe erreicht, was möglich war. So ganz wenig sei es nicht. Eine Erhöhung des Reichsausschusses um 2 Mark mache schon 52½ Millionen Mark aus. Mit den Phrasen des Vorredners sei den Rentnern wenig gedient. Eine Erhöhung sei die letzte Lösung nicht. Das Zentrum werde an einer weiteren Verbesserung arbeiten.

Abg. Haebel (Komm.) verurteilt die Unzulänglichkeit der Vorlage, während man für die Ruhrindustrie 700 Millionen übrig gehabt habe.

Abg. Ziegler (Dem.) gibt zu, daß die finanzielle Lage des Reiches außerordentlich schwierig sei, man solle aber doch mit dieser Behauptung nicht immer nur kommen, wenn es sich um die Sozialpolitik handle. Das Reich müsse endlich mehr für die Invalidenrenten tun. Trotz aller schönen Reden sei das Ergebnis der jetzigen Aktion recht unbefriedigend. Im Wahlkampf hatten sich die Parteien mit höheren Forderungen geradezu überboten. Die Internationalen verlangten nahezu 900 Millionen für die Rentner. Damals waren sie allerdings noch nicht in der Regierung. Unwahrhaftig sei es, daß die Parteien sich immer mit Forderungen zu übertrumpfen suchten. Die jetzigen Beschlüsse seien nur ein Provisorium. Am Herbst werde man weitersehen müssen.

Abg. Heier-Dresden (Dn.) tritt den Ausschussmitgliedern bei, da gegenwärtig bei der Lage der Reichsfinanzen mehr nicht zu erreichen sei. Er bittet, auch die traurige Lage des Mittelstandes nicht zu vergessen.

Abg. Schwarzer (Dn.) bedauert, daß auch bei diesen sozialen Fragen immer wieder die Parteipolitik in den Vordergrund gerückt werde.

Abg. Karsten (Soz.) wirft den Regierungsparteien vor, daß sie nur aus Furcht vor einer Regierungskrise keine höheren Renten bewilligen wollen. Der Redner nimmt schließlich Notabildungen den Ausschussmitgliedern zu.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird darauf die Vorlage in der Ausschussfassung endlich angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die technischen Vorbereitungen der Wahl des Reichspräsidenten

Abg. v. Kardorff (D. Vp.) beantragt, um eine Vereinfachung zu vermeiden, die Bestimmung zu streichen, daß der Wähler seine Stimme auch für eine nicht voranschreitende Person abgeben dürfe. Man müsse Vereinfachungen verhindern.

Abg. Rube (Nat.-Soz.) bedauert den Austausch um den Präsidentschaftsvotum. Die Abg. Dietmann (Soz.) und Brodau (Dem.) halten die Bestimmung für notwendig, damit man im Lande nicht behaupten könne, die Parteien wollten die Volkswahlverwaltung.

Der Antrag v. Kardorff wird darauf abgelehnt und der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Zur Verhandlung gelangt dann der Gesetzentwurf über

Zusatzforderung der Renten in der Angestelltenversicherung.

Der Steigerungsbetrag beträgt in der Gehaltsklasse 3 eine Mark, in 6 zwei Mark, in 9 drei Mark und in 12 vier Mark. Der Ausschuß fordert einen Gesetzentwurf, der neben einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge in der Angestelltenversicherung auch eine Erhöhung der Leistung vorzieht. Ministerialdirektor Grieser vom Arbeitsministerium sagt für den April die Einbringung einer Vorlage zur Erhöhung der Versicherungsverpflichtung zu.

Abg. Aufhäuser (Soz.) wirft der Regierung vor, sie habe für die Angelegenheit nichts übrig. Die Vorlage könne an Dringlichkeit nicht überboten werden. Sie sei angesichts der vielen gemachten Verbesserungen geradezu eine Verhöhnung der Angelegenheit. Die Haltung des Arbeitsministeriums sei unverständlich und bedauerlich.

Abg. Torzler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 1000 Mark.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) fordert eine bessere Berücksichtigung der unteren Klassen. Hier können wirklich Hungergelder heraus. Mit so niedrigen Rentenbeiträgen können selbst Hungerkämpfer nicht ankommen.

Abg. Thiel (DVP.) spricht zugleich für seine Fraktion für die Deutschnationale, für die Bayerische Volkspartei und für die Wirtschaftspartei. Er hebt die Verbesserungen in der neuen Vorlage hervor und erklärt, daß gegenwärtig nicht mehr zu erreichen sei.

Abg. Gerig (Zentr.) weist den Vorwurf der Heuscherei, der von der Linken erhoben wurde, zurück.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) hält die Sätze für unzureichend.

Der Vorlage wird zugestimmt.

Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete, die Reichsregierung zu eruchen, bei der bevorstehenden Wiedereröffnung der Pariser Verhandlungen über die Anrechnung der Besatzungslohn auf die Annuität mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß eine feste Begrenzung der Besatzungsstärke und damit auch einer Begrenzung der Besatzungslohn von Wohnungen und öffentlichen Gebäuden, insbesondere von Schulen und Krankenhäusern erreicht wird.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Dienstag, 3 Uhr: Justizministerium.

Schluß nach 8 Uhr.

Neue Auslagen zum Munitionsfreie.

Im zweiten Reichstags-Präsidentenwahlverfahren am Donnerstag der Vorabend einen Gerichtsbeschluss, das den Antrag auf Ladung des früheren preussischen Handelsministers Biering und des früheren bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl, stattzugeben wird.

Zunächst wird Geschäftsführer Pröbstl vernommen, der im letzten Kriegsjahr als Dreher in der Berliner Rüstungsindustrie gearbeitet hat. Der Zeuge war mit dem Streik im Januar 1918 nicht einverstanden. Es wäre aber nach seiner Bekundung zweifellos gewesen, dazugewahren, 60 Prozent der Dreher gehörten damals an den Unabhängigen. In einer Versammlung im Gewerkschaftshaus, die von den Unabhängigen und Spartakisten einberufen war, wurden die Streikforderungen aufgestellt und die Streikleitung gewählt, in der Anhänger der USPD und des Spartakusbundes sahen. Gegen den Antrag, auch Mehrheitssozialdemokraten einzuschließen, wandte sich insbesondere Ledebour und der Antrag wurde abgelehnt.

Nach der Verlesung einer Zeuge zu einer Sitzung des Sozialdemokratischen Parteivorstandes. In dieser Sitzung erklärten insbesondere Ebert und Scheidemann die von den Radikalen angelegten Forderungen für unmöglich. Ebert krühte sich in Händen und riefen gegen eine Beteiligung an der Streikleitung. Wir betriebsleiter aber, so sagt der Zeuge, wiederholten immer wieder dringend, daß eine Vertretung unserer Partei in der Streikleitung unbedingt notwendig sei. Ebert erklärte, man werde im Parteivorstand noch einmal darüber beraten. Die meisten Betriebsvertreter verließen dann die Konferenz. Ich und einige andere blieben noch mit dem Parteivorstand auf. Ebert sagte, es müsse versucht werden, den Streik so schnell wie möglich zu beenden, man dürfe sich nur auf wirtschaftliche Forderungen beschränken. Die Politik der SPD müsse geradlinig bleiben, unserer Partei dürfe niemals in der Geschichte der Vorwurf gemacht werden können, daß sie in der Stunde der größten Gefahr Land und Volk im Stich gelassen habe. Zur Frage der Bestimmungsbefehle sagte Ebert: Die Leute, die den Streik in Szene gesetzt haben, mühten wissen, daß sofort Bestimmungsbefehle herauskommen würden. Wir würden natürlich in unserer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete versuchen, die größten Härten zu mildern, aber selbstverständlich mühten die Bestimmungsbefehle befolgt werden.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge: Die Führung in dieser Bewegung mußte von unserer Parteileitung in die Hand genommen werden, um ein großes Unheil zu verhüten. — **W o l f f e n d e r**: Ein Unheil vom Standpunkte der Partei oder des Deutschen Reiches aus? **Zeuge**: (mit erhobener Stimme) Hierbei konnte nicht die Partei ausschlaggebend sein, sondern nur das Land, es war immer die Auffassung der Mehrheitssozialdemokratie, daß überall das Interesse des Volkes und Landes über das der Partei zu stellen wäre.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Bindewald ob nicht die offizielle Beteiligung der SPD an der Streikleitung zu einer weiteren Ausdehnung des Streiks führen müßte, erwidert der Zeuge: Ebert und Scheidemann sagten auch, aus dem Eintritt unserer Vertreter in die Streikleitung könnten für die Partei unangenehme Folgerungen gezogen werden.

Sodann wird der Berliner Bezirkssekretär der SPD, Adolf Busch vernommen, der bei der Firma Schmarhoff beschäftigt war. Busch sagt folgendes aus: Ich erfuhr erst am 2. Januar von dem Streik. Ohne daß Gründe genannt wurden, ging um 9 Uhr vormittags die Erklärung durch den Betrieb: Es wird gestreikt! Darauf fand die Sitzung des Parteivorstandes statt, in der ich als Vorsitzender der Arbeiter den Vorstand aufforderte, in die Streikleitung einzutreten, weil wir durch die bisherige Führung des Streiks die Landesverteidigung bedroht glaubten und außerdem mit den Forderungen der radikalen Mitglieder der Streikleitung nicht einverstanden waren. Wir glaubten, einige wirtschaftliche Forderungen unterbringen zu können. — In der Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus am Nachmittag stellte und begründete ich einen Antrag, in der die Mehrheitssozialdemokratie zum Eintritt in die Streikleitung aufgefordert wurde. Ledebour sprach in wüthender, maßloser Weise dagegen. Trotzdem wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Am Schluß der Versammlung kam Ledebour auf uns zu und sagte: So Herr Busch, jetzt haben Sie es geschafft, jetzt ist der Streik abgemindert. Das soll die Aufgabe Ihres Parteivorstandes in der Streikleitung sein.

Ich teilte sodann dem Vorstand die Annahme des Antrags mit. Der Vorstand bestimmte Ebert, Scheidemann und Braun als Delegierte für die Streikleitung. — **W o l f f e n d e r**: Von den Bestimmungsbefehlen gesprochen worden? **Zeuge**: Jawohl. Ebert hat ausdrücklich erklärt, der Parteivorstand könne nur dringend empfehlen, solchen Bestimmungsbefehlen Folge zu leisten. Wir werden, wenn der Streik vorüber ist, versuchen, die Befehle rückgängig zu machen. Weiter beklundete der Zeuge noch, von einer Erweiterung des Streiks nach Eintritt der Mehrheitssozialdemokraten in die Streikleitung könne keine Rede sein.

Hierauf wird der Zweite Reichstagspräsident vernommen, der in der kaiserlichen Zeit in den deutschen Präzisionswerken beschäftigt war. Er war Obmann der gewerkschaftlichen Betriebsleiter und Vertrauensmann der Reichssozialisten. Er bekundete: Auch in unserem Betrieb wurde gestreikt. Die Unabhängigen bemühten sich immer, die mehrheitssozialistischen Arbeiter zu sich hinüberzuziehen. Wir waren der Ansicht, daß der Streik zweifellos sei und mit einer Niederlage der Arbeiter enden müßte. Wir waren uns aber auch darüber klar, daß es uns ganz unmöglich sein würde, die Massen vom Streik zurückzuführen. Wir sagten uns deshalb, wir mühten notgedrungen diesen sinnlosen Streik mitmachen, um dann unter Bemühung des richtigen psychologischen Moments die Bewegung auf dem Verhandlungswege zu beenden. Wir wollten unter keinen Umständen die Leitung den radikalen Obseuten überlassen, weil wir befürchten mußten, daß dann das größte Unglück angerichtet würde. Aus diesem Grunde haben wir den Parteivorstand zum Eintritt in die Streikleitung aufgefordert. Von der Unterredung mit dem Parteivorstand gibt der Zeuge die gleiche Darstellung wie die Zeugen Busch und Pröbstl.

Am Freitag vormittag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die Barmat-Affäre.

nda, Berlin. Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Kreditaffären trat am Donnerstag wieder zusammen. Der Abg. Dr. Hugo (Dsp.) hat dem Ausschuß mitgeteilt, das Geschäft über seine Verbindung mit Barmat beruhe auf völlig freier Erfindung; er könne Barmat nicht und sei bereit, vor dem Ausschuß zu entscheiden. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Scholz legt in einem Schreiben an den Ausschuß Verwahrung ein gegen die in letzter Sitzung ohne vorherige Nachprüfung des Inhalts erfolgte Verlesung eines anonymen des Abg. Dr. Hugo beschuldigenden Schreibens. Der Ausschuß befragt, den Abg. Dr. Hugo das Schreiben zur weiteren Verlesung der darin enthaltenen verleumdenden Behauptungen auszubändigen. Vernommen wurde der Direktor Brischow, der seinerzeit kaufmännischer Referent des Reichsfinanzministeriums

war und zum Kommissar zur Bekämpfung von Lebensmitteln für das deutsche Volk bestellt wurde. Im Juni 1910 wurde der Zeuge mit Barmat bekannt, der verschiedene Empfehlungen nannte, und auch die Commerz- und Privatbank in Berlin, in deren Gebäude Barmat damals seine Büros hatte. Barmat habe viel versprochen, aber nicht mehr als andere Auslandslieferanten, gehalten wurde dann schließlich sehr wenig. Der Zeuge sagt: Wir empfahlen Barmat an die einzelnen Reichsstellen weiter mit der Maßgabe, seine Warenangebote zu prüfen und seine höheren Preise zu bewilligen als sonst üblich waren. Die Geschäfte Barmats mit der Reichsstelle und der Reichsfinanzstelle schätzte der Zeuge auf 15 bis 20 Millionen Gulden. Man halte an Barmats Lieferungen allerlei Mängel behaftet der Qualität um. Inzwischen Druck, mit Barmat Geschäfte zu machen, sei auf seine Reichsstelle ausgeübt worden. Von einer Anweisung des Wirtschaftsministers Schmidt an die Reichsstelle, mit Barmat Geschäfte zu machen, sei keine Rede gewesen. Eine Vornotierung Barmats für neue Geschäfte auf Veranlassung Schmidt's bezeichnet der Zeuge mehr als eine Fiktion. Ihm sei lediglich die Anweisung angegangen, Barmat kaufmännisch korrekt zu behandeln und nicht vor den Kopf zu stoßen. Von einer Bevorzugung Barmats könne keine Rede sein. Auf die Frage, ob bei der Vermittlung von Geschäften Barmats auch einzelne Abgeordnete wie Weis, Heilmann usw. ausgegen gewesen seien, gibt der Zeuge die Möglichkeit an, irgend eine Beeinflussung zugunsten Barmats ist dem Zeugen gegenüber aber nicht erfolgt. Von einer Lieferungsanweisung des Reichswirtschaftsministers Schmidt weiß der Zeuge nichts. Als der Zeuge sich auf eine Frage des Abg. Dr. Weyer (Hag. Vp.) nicht darauf besinnen kann, daß er einen Brief Barmats beantwortet habe, hält ihm Dr. Weyer aus den Akten einen solchen Brief vor.

Der Vorsitzende stellt fest, daß man immer wieder auf ein totes Geis kommen werde, solange das Reichsministerium es zulasse, daß Reichsbeamte über Reichsanlagen in den preussischen Landtag auslagen, obwohl der Reichstag diesen Ausschluß habe. Dem Zeugen soll nachmittag Gelegenheit gegeben werden, die Akten zu studieren, damit am Freitag vormittag seine Vernehmung fortgesetzt werden kann.

Die Ostentlassung von Julius und Henry Barmat abgelehnt.

Wie Berliner Abendblätter berichten, hat der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Rothmann den Antrag der Rechtsanwälte Babo und Davidsohn auf Ostentlassung der Brüder Julius und Henry Barmat abgelehnt. Bemerkenswert ist allerdings, daß es in dem Beschluss heißt, der Verdacht des Kreditbetruges sei nicht mehr als dringend und die Verdunkelungsgefahr nicht mehr als vorhanden anzunehmen. Auch die Vernehmung von Beamten der Staatsbank wird nicht als erwiesen angesehen. Nur bezüglich des früheren Volksministers Dr. Dörfle besteht noch ein gewisser Verdacht und damit auch ein Mordverdacht.

Von der Reichswehr.

nda, Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstags lehnte die Verlegung des Etats des Reichswehrministeriums ab. Abg. Schönlank (Dsp.) meint in Bezug auf die Heberparteilichkeit der Reichswehr, gewiß könne man nicht von dem Offizierskorps eine sofortige innere Umstellung verlangen, aber nach außen hin müsse eine bestimmte politische Einstellung unbedingt vermieden werden.

Reichswehrminister Dr. Wehler erklärte, daß er und der Chef der Heeresleitung jede Ausbildung von Leuten außerhalb der Reichswehr ablehne, die im Widerspruch zum Verträge von Versailles liege. Das sei militärisch wertlos und habe außerpolitische Folgen, die außer allem Verhältnis ständen. Auch von einer stillschweigenden Duldung könne keine Rede sein. Im Heere würde der Grundhieb Heberparteilichkeit mit allem Nachdruck gefordert; der Chef der Heeresleitung habe erst kürzlich in einem Erlass erneut darauf hingewiesen, daß das Heer sich neutral gegen jedermann, der nicht den Amlitz des Staates erstrebe, und hilfreich gegen jeden Deutschen zeigen solle.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags unterdrückte am Donnerstag wegen der Vereidigung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons als stellvertretender Reichspräsident eine Mitteilung seine Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hielt der Abg. Brüninghaus (Dsp.) eine längere Rede, in der er u. a. betonte, daß in der Vereinigung „Stahlhelm“ die Frage „Republik und Monarchie“ seine Hölle spiele. Diese Frage könne überhaupt bei vernünftigen Vorkämpfern zur Zeit nicht zur Erörterung. Die Reichswehr müsse zum Dienst für den Staat als solchen erzogen werden. Der Redner erörterte weiterhin Befolgungsfragen. Man müsse dafür sorgen, daß die Zivilvorzugsberechtigten geeignete Stellen erhielten. Entsprechende Anträge des Heubers wurden von den anderen Parteien unterstützt. Das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes beruhe nur auf seiner Wehrfähigkeit, auch müsse die Tradition gepflegt werden.

Weder die Frage des Tragens der Uniform der verabschiedeten Offiziere liegt, wie Reichswehrminister Dr. Wehler erklärte, ein Entwurf dem Reichstag vor. Der Erlass des Reichspräsidenten habe sich lediglich gegen den politischen Mißbrauch der Uniform gewendet. Die Weiterberatung wird am Freitag fortgesetzt.

Vom Jungdeutschen Orden.

(Von Rudolf Koddewitz.)

Wohl kaum ein vaterländischer Verband hat so die Gemüter in Aufregung versetzt und ist so heftig umstritten worden, wie der Jungdeutsche Orden. Leidenschaftlicher Haß und rohe Gewalt verheerter Volksgenossen sind gegen den Ordensbau angeführt. Mit Entstellungen und Verleumdungen hat man jungdeutsche Art in den Schmutz zu ziehen versucht. Wehrlich war der Orden als „Staatsgefährlich“ verboten. Wehrlich sogar haben die Priester von den Kanzeln gegen ihn Partei genommen. Doch furchtlos und treu haben jungdeutsche Ordensbrüder ihr schwaches Kreuzbanner durch helle und dunkle Stunden vorangetragen und freudig haben jungdeutsche Männer schon ihre Treue mit dem Tode besiegelt. Der dem jungdeutschen Orden einmal verfallen ist, kommt nicht mehr von ihm los. Es muß schon etwas sein um diesen Orden, daß Liebe und Haß so hoch aufstranden, wenn die Kreuznahme weht.

Da es unmöglich ist, das Thema „Jungdeutscher Orden: Aufbau, Wege und Ziele“ in einigen wenigen Zeilen zu erschöpfen, will ich im nachstehenden nur die großen Umrisse zeichnen und das Wesentlichste herausgreifen.

Der Jungdeutsche Orden, der heute in fast allen Orten vertreten ist, wurde von seinem derzeitigen Hochmeister Arthur Mahtram im Jahre 1918 in Cassel gegründet. Organisatorisch baut sich der Orden auf den Regeln, Gelehen und Einrichtungen des alten deutschen Ritterordens auf. In festen Gemeinschaften, — Bruderschaften und Gefolgshalten — wird der jungdeutsche Bruder in strenger Ordenszucht zum Kämpfer für die vaterländische völkische großdeutsche Sache erzogen und geschult.

Der Orden gibt jedem deutschblütigen Manne ohne Unterschied des Ranges, der Parteien und des Religions-

bestimmtes die Gelegenheit, alle Kräfte des Leibes und der Seele für die sittliche und nationale Wiedergeburt des deutschen Volkes einzusetzen.

Der Kampf des Ordens gilt der selbsttätigen, materialistischen, jüdischen Weltanschauung, der sittlichen Entartung und Unwehrhaftigkeit, die des Staates Grundfesten unterwühlt haben und jeden Wiederaufstieg zu verhindern suchen.

Der Orden kämpft für die Erhaltung der deutschen Rasse und Volksgesundheit und für die Stärkung des gemeinsamen Abwehrwillens gegen jeden Versuch, das Recht und den Bestand des deutschen Volkes und Staates anzutasten.

Auf der in den Stürmen des Krieges erworbenen Kameradschaft aufbauend, kämpft er ferner für gegenseitige Achtung und Verbrüderung aller deutschen Stämme und Stände in der Erkenntnis, daß die unfehlige Erbkraft des deutschen Volkes (Einigkeit und Zwietracht), uns ins Verderben gestürzt hat.

Der Verteidigung des Volkes arbeitet er durch soziale Maßnahmen, durch Errichtung von Gesenkschen — bis heute schon 300—400 Kassen im Betriebe — und durch großartige Hilfsaktionen für die schuldlos Verarmten entgegen. Außerdem wirkt er durch Wort und Schrift für die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für das 18. und 19. Lebensjahr, da nicht die Requirierung des deutschen Volksvormögens — falsche Steuerpolitik — sondern die Neuschaffung von Werten — Kultivierung von Brach- und Ödländern — unserer Verzerrung entgegenwirken kann. Das Endziel des Ordens ist die Volksgemeinschaft aller Deutschen auf gesunder völkischer Grundlage, da nur ein innerlich gesundes, sittlich geistiges, einigtes deutsches Volk den sozialen deutschen Volksstaat errichten kann.

Jeder deutsche Mann, gleichgültig ob er Arbeiter, Bürger oder Bauer ist, gleichgültig welcher Partei oder welchem Religionsbekenntnis er angehört, sofern er nur gewillt ist, für diese Ziele einzutreten, ist als Bruder und Mitkämpfer im Jungdeutschen Orden herzlich willkommen.

Politische Tagesübersicht.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons hat gestern dem Reichstagspräsidenten Loebe und dem Reichstagspräsidenten seinen amtlichen Besuch ab. Im Anschluß daran machte Dr. Simons, der von Staatssekretär Dr. Meißner begleitet war, dem Reichstag seine Aufwartung. In dem preussischen Ministerpräsidenten als den Bevollmächtigten Preußens zum Reichstag besuchte; an diesem Empfang nahmen der Bayerische Gesandte Dr. v. Preger, der Sächsische Gesandte Dr. Grabnauer und der Württembergische Gesandte Dr. Hölzer, sowie Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialdirektor Dr. Nobis teil.

Das Schicksal der Deutschen Werke in Bayern. Wie der Bayerische Kurier meldet, scheint sicher zu sein, daß das Werk München der Deutschen Werke Aktiengesellschaft mit rund 500 Arbeitern in nächster Zeit geschlossen werden muß, nachdem schon seit längerem das Werk Dachau stillgelegt ist. Das gleiche Schicksal soll dem Werk Amberg drohen. Darüber aber ist eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen.

Josse verläßt den Wiener Hofkammerposten. Der Vertreter der Sowjetrepublik in Wien, Josse, wird nach im Laufe dieses Monats seinen Posten verlassen und nach Moskau zurückkehren, um in die Kommission für auswärtige Angelegenheiten einzutreten. Der Wiener Posten wird provisorisch mit einem Geschäftsträger besetzt werden. Der Rücktritt wird mit dem schlechten Gesundheitszustand Josse begründet.

Die geheime Flottenkonferenz von Singapur. Wie aus Singapur gemeldet wird, nimmt die Flottenkonferenz ihren Fortgang. Ueber die Verhandlungen wird stillschweigend berichtet. Es verläutet, daß die großen Kriegsschiffe bis zum 18. oder 19. März in Singapur bleiben werden.

Wieder einmal der englische Handelskrieg. Seit einiger Zeit wird in der englischen Presse wieder lebhaft Propaganda gegen den deutschen industriellen Wettbewerb gemacht. In großer Aufmachung bringt heute die Daily Mail wieder einen Artikel über den deutschen Wettbewerb und sagt, daß der Damesplan, der Deutschland mit Kredit verlor hat, es Deutschland leicht mache, mit dem britischen Handel in Wettbewerb zu treten. Der Berliner Korrespondenzbericht von mehreren bedeutenden Aufträgen, die von britischen Firmen nach Deutschland gegeben worden seien. Die Straßenbahn-Gesellschaft in Dublin habe bei den Deutschen Automobilwerken ihren Bedarf für die nächsten 12 Monate bestellt; ferner habe die Indische Eisenbahngesellschaft 15 Lokomotiven in Deutschland bestellt. Erst gestern habe auch die Gutehoffnungshütte trotz scharfer britischer Wettbewerbss einen Auftrag zum Bau einer Brücke in der Nähe von Rotterdam erhalten.

Wiesbaden Sitz der Völkerverbundkontrollkommission. Nach Blättermeldungen aus Wien soll Wiesbaden der Sitz der ständigen Kontrollkommission des Völkerverbundes für die entmilitarisierte Rheingone werden.

Die in der Thedonoflawski verhafteten Spritzkünstler Karl und Hermann Weber werden nach Blättermeldungen am Sonntag nach Deutschland ausgeliefert werden. Die sächsischen Beamten, die zur Verhaftung beigegeben haben, erhalten eine Prämie von 20000 sächsischen Kronen.

Vertrauliche Ratshung des Völkerverbundes über die Saarfrage. In der vertraulichen Ratshung am Donnerstag nachmittag wurde die neue Saarregierung gewählt und der schwedische Vorklage geprüft, der einen augenblicklichen Wechsel im Präsidium der Saarregierung vorschlägt. Von amtlicher Seite wird dem Vertreter der TL. versichert, daß mit einer Wiederwahl des Franzosen Kault zu rechnen sei. Der englische Vertreter werde aber den schwedischen Vorklage unterstützen, so daß Kault nur noch ein Jahr den Vorsitz führen wird.

Bekanntmachung der Arbeiten des Völkerverbundes. Der Völkerverbund hat beschlossen, seine Arbeiten bis Sonntag zu erledigen. Für Freitag stehen die Saarfrage und die Danziger Frage auf der Tagesordnung.

Das „kommunistische“ Rußland.

Auf Anordnung der Zentrale sind kürzlich Neuwahlen unter den örtlichen Sowjets veranlaßt worden, die zum erstenmale auch die parteilosen Elemente weitgehend herauszogen. Unter dem Druck der stetig wachsenden Unzufriedenheit in der Bauernschaft hat man sich zu diesem Schritt entschließen müssen. Die Ergebnisse sind außerordentlich bemerkenswert. Die amtliche „Pravda“ berichtet an unaufrichtiger Stelle lakonisch, daß die Reinkräfte der Neuwahlen, die an Stelle der kassierten Wahlen vorgenommen wurden, nur 2189 Gewählte ergaben, unter welchen sich 211 Kommunisten d. h. 9 Prozent befinden.

Die Beteiligung an den Wahlen betrug nur 40 Prozent und der Rest der Wähler hat die Wahlen offensichtlich boykottiert. Es wäre nun durchaus falsch, wollte man aus diesem Wahlergebnisse, durch welches das Rußland vom „kommunistischen Rußland“ überlegt wird (nur 40 Prozent Wahlbeteiligung, davon 9 Prozent Kommunisten), weitgehende Folgerungen ziehen. Die Wahlergebnisse bringen nichts Neues. Der Volkswissenschaftler ist und bleibt eine Widerstandsfront. Er wird sich auch durch die örtlichen Sowjets mit ihrer „parteilosen“ Wehrheit in keiner Weise beeindrucken lassen.

Zurnen - Sport - Spiel - Wandern.

Die Dresdner Presse zum Spiel:
„Guts Muts“ — Niesauer Sportverein.

Das Spiel auf dem „Dresdenia“-Platz verlegt.

Interessant sind die Presseberichte der Dresdner Zeitungen, „D. N. R.“ und „Kampf“. Wir bringen diese Berichte hier im Abdruck wieder.

Im übrigen ist das Spiel vom D.S.C.-Platz nach dem „Dresdenia“-Platz verlegt worden, da der D.S.C.-Platz infolge der unangünstigen Witterung spielunfähig sein dürfte.

Die „D. N. R.“ berichten: „Guts Muts gegen Niesauer Sportverein. Die Spiele müssen am Sonntag nachmittags 3 Uhr auf dem Dresdenia-Platz bereits zum zweiten Gang um die Mitteldeutsche Meisterschaft antreten. Ihr Gegner ist diesmal der Niesauer Sportverein, der vor acht Tagen seinen Partner Preußen in Bielefeld ebenso sicher (mit 7:0) bezwang wie die Dresdner ihren Rittauer Widerlächer. Aus diesem Grunde besteht kein Grund, Guts Muts für den nächsten Sonntag von vornherein als den gegebenen Sieger zu betrachten. Zwar lieferte die Mannschaft in Jittau, wie die gesamte Fach- und Tagespresse berichtete, ein wirklich hervorragendes Spiel, das an ihre besten Zeiten in der Saison 1922/23 erinnert, aber den Beweis der Beständigkeit müssen und die Klitsen erst liefern. Sollte allerdings ihr Mittelstürmer Vohse nunmehr dauernd von seiner Verletzung geheilt sein und laufend an die einstige große Form anknüpfen können, so wagen wir wohl zu hoffen, daß auch der Niesauer Sportverein den kürzeren gegen die Dresdner wird stehen müssen. Es ist allerdings nicht außer acht zu

lassen, daß die wahre Spielfürke der Niesauer schwer einzuschätzen. Daß es ihnen dabei gelang, die verstärkte Dresdenia glatt mit 5:3 zu schlagen, gibt auf jeden Fall zu denken, und Guts Muts sollte das Spiel auf keinen Fall leicht nehmen, sondern mit aller Energie und Ausbleitung von bester Technik und Taktik eine möglichst hohe Tor Differenz herauszuholen versuchen. Die Augen der ganzen großen Dresdner Fußballgemeinde sind jedenfalls am Sonntag nachmittags auf die Klitsen gerichtet und erwarten von diesen unbedingt einen Sieg, wenn er auch vielleicht etwas knapp ausfallen mag. Eine Niederlage von Guts Muts durch den Niesauer Sportverein liegt aber auch im Bereich des Möglichen, wozu aber doch eine große Ueberraschung und für die Hohenauer zweifellos eine recht fatale Klamage.“

Der „Kampf“: Die relativ besten Sieger aus der Vorrunde stehen sich am kommenden Sonntag in Dresden gegenüber. Der Ausgang des Spieles ist als offen zu bezeichnen, jedoch trauen wir G. N. einen Sieg zu. — Aber ach, wie so trügerisch! —
Unser Tip 4:2 für G. N.

Tamendhandball. Am kommenden Sonntag stehen sich auf dem Schwarzen Platz „Sachsen 09“ im TSC-Gemisch und HSV, gegenüber. „Sachsen 09“ ist Gauweiser von Mittelbach und verlor am vergangenen Sonntag gegen „Dresdenia“ 1:0. Dasselbe Resultat erzielte HSV in den letzten Spielen gegen „Dresdenia“, sodas sich am Sonntag zwei gleichwertige Gegner gegenüberstehen.

Das Ende der Deutschlandfahrt.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind die Deutschlandfahrer gestern nach zwölftägiger Fahrt hier eingetroffen, womit die Deutschlandfahrt beendet ist.

Gingefandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preisgelegliche, nicht die ideelle Verantwortung.)

Zum Streit der Eisenbahner!

Seit Mitte voriger Woche befindet sich ein Teil der Niesauer Eisenbahner im Streit.

Was ist der Grund zum Streit?

Seit 6 Wochen verhandeln die Organisationen mit der Reichsbahn-Gesellschaft über die Freigabe des Lohnes, der Arbeitszeit und der Dienstvorschriften. Die Reichsbahn hat jedes Entgegenkommen abgelehnt. Nur bezüglich der Löhne prüft sie die größten Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit lassen die maßgebenden Stellen die berechtigten Forderungen der Eisenbahner unbeachtet. Mit einer letzten Starrköpfigkeit beugen sie das Recht und bringen so das erst im Anfangsstadium sich noch vorwärts entwickelnde Wirtschaftsleben zum Erliegen. Die hohen Beamten bewilligten sich in letzter Zeit Leistungs-

zulagen und Dienstauswands-Entschädigungen bis zu 24 000 Mark. Für einen verheirateten Arbeiter, der mit 21 Mk. pro Woche nach Hause kommt, hat man seinen Pfennig abräu.

Bei diesem Lohn müssen die Bediensteten zum Teil ohne Unterwände und vollständig zerrissener Fußbekleidung, bei nachfolgender Witterung, bei Tag und Nacht, auf Grund der Dienstaufgaben bis zu 18 stündiger Fron an der Dienststelle in ständiger Lebensgefahr arbeiten.

Die Eisenbahn-Gesellschaft behauptet, wenn sie die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligen wollte, müßten die Personentaxen erhöht werden. Wir behaupten, daß bei einer ordnungsmäßigen Verwendung der vorhandenen Mittel eine Erhöhung der Personentaxen nicht notwendig ist.

Wir appellieren an die Bevölkerung von Niesau, den um die nackte Existenz ihrer und ihrer Familie kämpfenden Eisenbahner ihre Sympathie entgegenzubringen.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ordnungsverwaltung Niesau.

Am tliche s.

Die Gemeinde Rindrig hat beschlossen, den Fußweg zwischen den Straßenparzellen 340 und 515 und den Grundstücken von Dürthardt, Kaiser und König als öffentlichen Weg einzuziehen.

Ties wird mit dem Bemerten betraungegeben, daß Einwendungen gegen diese Wegeneinziehung binnen 3 Wochen vom Erscheinen dieses Blattes an getraucht, hier anzubringen sind.

Großenhain, am 9. März 1925.

Antshandmanufaktur, 1227 II.

Vom Blatt 488 des Handelsregisters, die Firma „Einhorn & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Niesau“ betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Oswald Hans Einhorn in Überhain ist abberufen. Zu Geschäftsführern sind bestellt: a) der Kaufmann Max Bruno Einhorn, b) der Direktor Albert Schoppmann, beide in Niesau. Ihre bisherige Prokura ist erloschen.

Amstgericht Niesau, den 12. März 1925.

Gedenkt er für die Opfer des Weltkrieges.
Am 15. März 1925 findet im Freistaat Sachsen eine allgemeine Gedenktfeier für die Opfer des Weltkrieges statt.

Auf Anordnung des Gesamtministeriums richten wir an die hiesige Einwohnerschaft die Bitte, zur würdigen Begehung dieser feier am genannten Tage die Häuser in den Reichs-, Landes- oder Stadtfarben halbmatt zu beflaggen.

Ter Niat der Stadt Niesau, am 13. März 1925.

Handelschule Niesau.

Zu der Dienstag, den 17. März, vormittags 11 Uhr stattfindenden Feier der Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen, sowie zur Bezeichnung der am Dienstag, den 17. und Mittwoch, den 18. März, im Klassenzimmer 2 ausgetheilten Schülerarbeiten (einchl. Bier- bezw. Lachschritzbungen) ladet die Behörden, Vechberren und Eltern der Schüler und Schülerinnen, die Mitglieder des Vereins Handelschule, sowie alle Freunde der Handelschule ergebenst ein.

Niesau, den 13. März 1925.

Ter Vorstand
Kommerzienrat Hannes Studiendirektor Lehme
Vorsitzender.

Keine Angst!

Der Smaltekitt „Vieher Heilmittel“ lükt durchgebrannte Nothöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände wasser- und feuerfest. Haben die Drogerien: H. V. Hennicke, Wihl, Moris Berg, Friedr. Gistner und Oscar Köcker.

Reisender

zum Besuche der Landwirte bei Gehalt u. Brov. gef. Landwirtschaftl. Handelsarb. Grosse & Co. Abt. B. Leisala, Vanholstr. 11.

Sonnabend nachm. 3 Uhr

werden öffentlich meistbietend gegen Barzahlung auf dem Holzplan Aante, gegenüber der Stat. Höderau verkauft:

Größere Partie Reislighauten, desgleichen starke Stangenhäuten sowie Stockgabeln z. Selbströden.
H. Wuscher, Dampfägerwerk, Mühlberg a. Elbe.

Kirchennachrichten.

Cculi 1925.

Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges.

Niesau. 9 Uhr Predigt über Psalm 90, 1 u. Abendm. (Friedrich). 6 Uhr abends Predigt über Psalm 126, 1-6 (Schroeter).

Ev. Gem., Höhe Str. 9. Dienstag 8 Versammlung.
Weida. 9 Trauergottesdienst. Unterredung 2. Kollekte für die Innere Mission. — Freitag, den 20. März, 8 Bibelstunde.

Gröba. 9 Pred. (Tennede). 1-2 Trauerläuten,
abd. 6 Orgelkonzert zu Ehren der Gefallenen in der Kirche zu Gröba bei freiem Eintritt, die Bibelstunde fällt aus. Dienstag früh 7 Andacht, abd. 8 Bibelstunde für Frauen und Mädchen mit Aussprache, Donnerstag abd. 8 Bibelstunde.

Vauß. 9 Uhr Trauergottesdienst in der Pfarrkirche.
Höderau. 10 Gedächtnisgottesdienst. 18. März 8 Jungmännerverein.

Reithain. Vorm. 8 Uhr Gedächtnisgottesdienst
(Warrer Schroeter).

Glaubitz. 9 Uhr Predigt. 1 Uhr Kinderabends-
dienst. Dienstag 8 Uhr Jugendvereine bei Tonat Probe. Betsprechung über den Festung bei der Glockenweihe mit den Ehrenjungfrauen. Mittwoch 8 Uhr Junglingsverein Probe bei Tonat. Donnerstag 8 Uhr Passionsandacht u. Abendm.

Rath. St. Barbara-Kapelle, Leiffingstraße 9.
Sonabend 5-6 Uhr Psalms, Sonntag 7 Uhr Psalms, 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Psalms und Predigt zum Gedächtnis für die Gefallenen, 6 Uhr Fastenpredigt. Werttags hl. Messe 8 Uhr, außer Dienstag.

1 od. 2 leere Zimmer
sodort gesucht. Geinse, Zentraltheater Gröba.

Zum Mitbewohnen
ihre Wohnung sucht 35 J. Dame mittl. Beamten. Spät. Heirat nicht ausschl. schlossen. Off. unt. P. 2390 an das Tageblatt Niesau.

Reiteres zuverlässiges Mädchen
mit Kochkenntnissen zum 1. 4. gesucht. —
Dr. Treff
Gröba, Seifstraße.

Laden
Suche für meinen Sohn, welcher Otern die Schule verläßt, passende

kaufm. Lehrstelle.
Gute Schulzeugnisse vorhanden. Offert. erbet. unt. N. 2387 an das Tagbl. Niesau.

Wahrgelhilfen
steht sofort ein

Emil Zschammer
Wahrgelhilfen
Höderau.

Suche 600—700 M.
gegen gute Sicherheit. Gebe 30—40% Zinsen. Off. u. N. 2388 a. d. Tagbl. Niesau.

Freiwilliges erblisches Oftermädchen
sucht Frau Schmiedemstr. G. Schöne
Gröba, Rischstraße 22.

Eäufer- Schweine und Sertel
hat zu verkaufen
Strehle, Zschopa.

Guter Rat

ist hier nicht teuer!



Jede Hausfrau ist gut beraten, wenn sie regelmäßig die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ braucht. Ihre besonderen Eigenschaften sind vorzügliches Aroma, hohe Nährkraft und billiger Preis.

50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung

Schwan im Blaубand

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blaубand-Woche“ gratis zu verlangen.

3 Ziegenböckchen
sind zu verkaufen.
Ernt. Kallig, Niesau-Weida,
Vanae Straße 25.

1 Stamm Rotländer
zu verkaufen
Klosterstraße 11, 2.

1 starker Käufer
(Kunze) zu verkaufen
Reithain, Vahnhofstr. 22.

Starke Kuh
mit Kalb
zu verkaufen
Glaubitz Nr. 5.

Gehrockanzug
wie neu, für mittlere
Statur passend, 1 grauer
Anzug, reine Wolle, für
stark. Herrn, 1 Herrenuhr
preiswert zu verkaufen
Bismarckstr. 26, 1. I.

**Einige sehr guterhaltene
Tamenstühle** (auch für
Konfirmantinnen passend)
ganz billig zu verkaufen.
In erst. im Tagebl. Niesau.

Gänsefedern.
Prima
Kauf- und
Gandfieder-
federn
empfiehlt billigst
Georg Haberecht,
Wahrgelhilfen
Höderau.
Telefon Niesau 169.

Kindertwagen ver-
fülllich
Gröba, Alleestr. 13, 1. I.

C. Rüdiger

**Mätkäfen
Gummibälle
Puppenköpfe
Celluloid-Babys**

Goethestr. 41

Garzläje
4 St. 10 Pf., 60 St. 1 M.
Fette Hän. Schweinshöpfe
Wd. nur 40 Pf.
Nikolaus Gutmann.

Frische Bäcklinge
Wd. 25 Pf., Rüte 1 M.
Dara-Räse
5 St. 10 Pf., 10 Wd. 1.05
Limburger Käse
1/2 Wd. 25 Pf., Wd. 90 Pf.
Schweizer Käse Wd. 2 W.
frische Margarine
Wd. nur 55 Pf.
Schindls Balsam
Wd. 75 Pf., 2 Wd. 1.45
Schmalz Wd. 95 Pf.
empfiehlt
Paul Schauschik
Bettstr. 5, ab GaltCentral
Freich eingetroffen

ff. grüne Heringe
Carl Stamer, Gröba.

**Dochfeine lebende
Schlei-, Spiegel-
und
Schuppen-Karpfen**

in jeder beliebigen Größe
hochfeine
lebende Schlei-

1/2 bis 2 Pfund schwer
empfiehlt
Carl Stamer, Gröba.

Frishgechlacht, Teney
lebende Karpfen
lebende Schlei-

frische Zechische
avüne Perlinge.
Clemens Bürger.

**Lebende
Karpfen
und
Schlei-**

zu haben bei
Hofmann
Stadt Leipzig.

Die Zeitungs-Anzeige
übertrifft
an Schnelligkeit alle
übrigen Beklamerarten

Das erste Jahrtausend des deutschen Rheins.

Die rheinische Jahrtausendfeier gemahnt uns an die Jahrtausendfeier des Rheins zum deutschen Reich, aber wir dürfen über dieser Erinnerungsfest auch nicht die Vorgeschichte des deutschen Rheins vergessen...

tum. Reines Germanentum ist seitener noch anzutreffen. Ethnographisch ist die Durchmischung mit fremden Elementen schwächer als kulturell und sprachlich...

Neubestellungen

aus halben März

auf das wertvollste erscheinende Nieker Tageblatt werden jetzt von den Zeitungsabonnenten sowie zur Vermittlung an diese von der Tagesblatt-Verlagsstelle in Nieker, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) entgegengenommen.

Bezugspreis für halben März durch Zeitungsboten frei Haus M. 1.15.

Der 29. März.

Was man über die Reichspräsidentenwahl wissen muß.

Am 29. März wird das deutsche Volk zum ersten Male einen Reichspräsidenten selbst wählen. Der verstorbene Reichspräsident Ebert hatte sein Amt aus den Händen der Nationalversammlung empfangen...

Der ist wählbar? Jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat, ist wählbar. Der Kandidat braucht also nicht die deutsche Reichsangehörigkeit seit der Geburt zu besitzen...

durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat, wer entmündigt ist und wer unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft steht.

Wählen kann aber nur derjenige, der in einer Wählerliste eingetragen ist oder sich einen Wahlschein verfertigt hat.

Im übrigen gilt, genau wie bei allen anderen Wahlen, daß jeder, der wählen darf, auch die Pflicht hat, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen!

Wer am Wahltag nicht in seinem Wohnorte anwesend sein kann, erhält auf Antrag einen Wahlschein, der ihn zur Stimmabgabe an jedem anderen Orte berechtigt.

Welcher Kandidat ist gewählt? Das Wahlergebnis steht die Möglichkeit zweier Wahlgänge vor. Als im ersten Wahlgange, also am 29. März, gewählt gilt derjenige, der mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält.

Die Stimmen werden in den Reichstagswahlkreisen gezählt und dem Reichswahlleiter mitgeteilt, der die Gesamtzahlen festzustellen hat.

Deutschland und der Völkerbund.

BDD Berlin, 12. März. Die Erörterungen über einen etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben nunmehr eine Gestalt angenommen...

Gundula.

Roman von H. von Trudyedi.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das ist ein trasser Fall,“ äußerte Gundula nachdenklich, „ein Ausnahmefall. Und doch möchte ich glauben, daß unachtsamliche Strenge Ihren Bruder noch mehr verdorben hätte.“

12. Kapitel.

„In einem strahlend schönen Sommertage betrat Gundula, nachdem sie ein kaltes Bad genommen, die Veranda. Ihr Onkel lag schon bei seiner Zeitung, und das Kaffeewasser brodelt unter dem silbernen Kessel.“

Gundula, deren ganz blühendes, liebliches Antlitz an einen Rosenzweig erinnerte, war schon dabei, den Kaffee zu bereiten.

„Onkelchen,“ sagte sie, „diese gleichmäßig friedlichen, unvergleichlich schönen Tage werden, sobald sie eine Unterbrechung erfahren, überhaupt nie wiederkehren.“

„Und wie lange wird es noch dauern,“ bemerkte er lächelnd, „dann erscheint es dir unverständlich, daß du dich bei dem alten Onkel so wohl fühlen konntest, dann gelten alle Wünsche deines Herzens dem Einen, welcher dich eines Tages heimführen wird.“

„Damit hat's gute Weile, Onkelchen,“ lachte Gundula, „es ist noch nicht lange her, daß ich einen Bewerber abgewiesen habe. Einem zweiten würde es nicht besser ergehen.“

„Ich bin's zufrieden, Gundel. Ich werde dich, liebe Fee, schmerzlich genug entbehren, wenn du gehst. Aber freuen wir uns einstellungen der Gegenwart, sie ist ja so schön.“

Der Diener, welcher hier gleichzeitig die Stelle des Gärtners bekleidete, brachte die Posttaschen herein und überreichte sie dem Hausherrn.

„Ein Brief für dich,“ sagte dieser, „und zwar von deinem Vater — in Wien aufgegeben. Ob die Herrschaften jetzt schon nach Berlin zurückgehen?“

Gundula hatte freudig überrascht das Schreiben in Empfang genommen und war dabei, das Kuvert zu öffnen, da tönte hinten von der Gartenterrasse her Hildas frisches Stimmchen.

„Guten Morgen, Fräulein Gundel, haben Sie am Nachmittag etwas Zeit, mich zu schauen?“

Die Kleine mochte wohl ein Stülchchen an die Hede getragen haben und daraufgestiegen sein, ihr frisches, hebes Kindergesicht mit den gesunden, weißroten Farben lugte weit über die Hede empor.

„Jawohl,“ rief Gundula munter zurück, „komme nur um vier Uhr, dann habe ich am besten Zeit.“

„Das soll denn werden, Fräulein Gundel!“ Die Kleine klatschte vergnügt in die Hände, „es geht abwechselnd, nicht wahr, ich darf Sie doch auch schauen?“

„du schon, daß der Herr Baron gar nicht verheiratet ist? Die Dame, welche in seinem Hause lebt, die Mutter des kleinen Mädchens, ist seine Schwägerin, die Witwe seines kürzlich verstorbenen Bruders.“

Gundula erwiderte kein Wort. Aber sie vergaß es, den Brief ihres Vaters zu öffnen, und verfiel in Nachdenken.

Der Onkel beobachtete sie verhalten, und lächelnd gemahnte er, wie die Rote auf ihren Wangen kam und ging, ein liebliches Spiel, von dem sie selbst keine Ahnung hatte.

Mit klopfendem Herzen prüfte sie jedes Wort, das sie bisher zum Baron gesprochen. Sie hatte sich so vertraulich ihm gegenüber gegeben, weil sie ihn für Hilbes Vater gehalten, so manches gesagt, was nur an die Adresse des verheirateten Mannes gerichtet war.

„Was machte er von ihr denken? Riefte er sie nicht falsch beurteilen?“

Sie schloß den Brief ihres Oheims und nahm sich zusammen. Sie konnte sich auch nicht zu der falschen Annahme, daß der Baron verheiratet, gekommen sei, weil sie fürchtete, die Pein, die sich ihrer bemächtigt, zu verraten.

So öffnete sie endlich das Schreiben, das heute nur wenige Zeilen enthielt. Um so freudiger war der Inhalt. Er teilte seiner Tochter mit, daß er noch heute zu kurzem Besuch mit Vera hier eintreffen werde.

Gundula hatte in ihrem Blick des Vaters nie vergessen. Oft empfand sie ein brennendes Weh, ein tiefes Mitleid, wenn sie seiner gedachte.

Gundula war nie eingeladen worden, einen Besuch in ihrem Elternhause zu machen, und ihr war es recht so. Sie hätte sich dort doch nur fremd und eingeengt gefühlt.

„Das ist ein trasser Fall,“ äußerte Gundula nachdenklich, „ein Ausnahmefall. Und doch möchte ich glauben, daß unachtsamliche Strenge Ihren Bruder noch mehr verdorben hätte.“

„Das ist ein trasser Fall,“ äußerte Gundula nachdenklich, „ein Ausnahmefall. Und doch möchte ich glauben, daß unachtsamliche Strenge Ihren Bruder noch mehr verdorben hätte.“

„Das ist ein trasser Fall,“ äußerte Gundula nachdenklich, „ein Ausnahmefall. Und doch möchte ich glauben, daß unachtsamliche Strenge Ihren Bruder noch mehr verdorben hätte.“

Zulassung zum Völkerverbund noch nicht in ein altes Stadium eingetreten ist. Bei der Regierung Marx-Stresemann bestand zweifellos ein erster Wille zur Mitwirkung an dem Völkerverbund, aber alle Versuche, die Voraussetzungen für einen Eintritt zu schaffen, scheiterten an der noch gänzlich ungelösten Frage der Vollmacht, die dem Deutschen Reich als Völkerverbundmacht eingeräumt werden würde. Es waren keineswegs Prestigefragen, die die deutsche Regierung damals veranlaßt haben, die sofortige Einräumung eines deutschen Sitzes im Völkerverbund zu fordern, sondern es handelte sich um ein lebenswichtiges Prinzip, das die Großmachtstellung Deutschlands angeht.

Der deutsche Sitz im Völkerverbund ist nach den Mitteilungen, die die Völkerverbundmächte der deutschen Regierung zugehen ließen, gesichert. Trotzdem kann keineswegs behauptet werden, daß die Voraussetzungen für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gänzlich günstig wären, wie dies in einem Teil der ausländischen Presse behauptet wird. Man verlangt übereinstimmend von Deutschland, daß es auf alle Vorbehalte verzichtet und keinerlei „Privilegien“ fordert. Argentinische Privilegien hat jedoch Deutschland niemals verlangt, sondern es bestand einfach nur auf der Anerkennung seiner lebenswichtigen Interessen. Man muß daher stark daran zweifeln, ob es möglich sein wird, auf der gegenwärtigen Grundlage wirklich zu einer Lösung der Völkerverbundfrage zu kommen.

Wenn man den zur Zeit in Genf verbreiteten Verlautbarungen der Völkerverbundpresse Glauben schenken darf, so soll angeblich die Absicht bestehen, der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, dem Völkerverbund ihre Wünsche und Bedenken hinsichtlich eines Beitritts zum Völkerverbund darzulegen und auf diesem Wege ein Kompromiß zu schaffen. Wenn dies zutrifft, so könnte vielleicht eine Grundlage geschaffen werden, auf der in absehbarer Zeit die Zulassung zum Völkerverbund betrieben werden könnte. Die deutschen Regierungspresse müssen aber schon jetzt mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich an der Situation selbst seit den Bemühungen der Regierung Marx-Stresemann noch nichts geändert hat und aus diesem Grunde auch die Haltung der deutschen Regierung noch wie vor die gleiche ist.

Genußscheine, ihre Behandlung bei der Umstellung und evtl. Aufwertung.

18. Dresden. Viele Erwerbsgesellschaften haben in der Inflationszeit sogenannte Genußscheine ausgegeben. Der Haupttypus dieser Genußscheine verleiht dem Aktionär die Mitgliedschaft und ferner einen Anteil am Liquidationserlös; im Liquidationsfall kommen die Genußscheine in der Regel erst nach den Aktien oder doch erst nach Auszahlung des Nennwertes der Aktien zum Zuge. Aktionärrechte, insbesondere Stimmrecht, gewähren diese Genußscheine nicht. Wesentlich sind die Genußscheine nach einer bestimmten Reihe von Jahren seitens der Gesellschaft kündbar und rückzahlbar. Es findet sich endlich die Bestimmung, daß bei Verabreichung des Stammkapitals durch Zusammenlegung von Stammaktien eine dieser Verabreichung entsprechende Herabminderung des Nennwertes der Genußscheine ohne weiteres erfolgt.

Manche Genußscheinhaber vertreten den Standpunkt, auf derartige Genußscheine habe, da sie Aktienähnlich seien, § 33 der 2. Durchführungsvorschrift zur Goldbilanzverordnung vom 28. März 1924 Anwendung zu finden. Bei Umstellung des Gesellschaftskapitals auf Gold seien die Genußscheine daher in demselben Verhältnis, wie die Stammaktien, umzustellen. Wieweit wird sogar ein entsprechendes Ausweis des umgestellten Genußscheinkapitals in der Goldbilanzrechnung gefordert.

Diese Ansichten werden in einem sehr eingehend begründeten Urteil des Landgerichts Bremen vom 27. Januar 1925 widerlegt. Zunächst stellt das Landgericht Bremen fest, daß das Genußscheinkapital nach einschlägiger Ansicht in Literatur und Rechtsprechung in der Vermögensbilanz und folglich auch in der Goldbilanzrechnung nicht auszuweisen sei.

Sie fürchtete sich vor einer Begegnung mit dem Baron, und wünschte sie auch wieder herbei. Jetzt mußte sie darüber lachen, daß sie ihn für einen Ehemann gehalten. Sie wollte ihm gelegentlich erzählen, in welchem Irrtum sie sich befunden hatte. Dann würden sie sich gemeinsam darüber amüsieren, und ihr bisheriges Verhalten, das ihm doch vielleicht selbst erscheinen möchte, hätte dann die einfachste Erklärung gefunden.

Dann lenkten ihre Gedanken sich wieder auf ihren Vater. Ob er ihr noch ebenso zugetan war wie bisher? Oder hatten die bösen Einflüsterungen der Mutter endlich den gewünschten Erfolg gehabt?

Gundula wußte, daß sie ihrer Stiefmutter ein Dorn im Auge war, und daß diese nichts unversucht ließ, das Herz des Vaters von ihr abzuwenden.

Aber sie kannte auch den gütigen, treuen Sinn ihres Vaters und hoffte, daß er sie in der Stille noch immer als seinen Liebling betrachtete.

Wahllos schnitt sie die schönen Rosen ab. Da ihre Gedanken weit abschweiften, so gab sie nicht sonderlich acht und ließ Knospen sowohl wie schwerere Blüten, die auseinanderzufallen drohten, in ihr Körbchen wandern, das sie am Arm trug.

Es war in der dritten Nachmittagsstunde. Bräutende Stille lag über dem Garten. Kein Ton war zu hören. In tiefer Stille, in idyllischem Frieden lag das Stückchen Erde vor ihr, wo sie bisher nur Freude und Glück in reichstem Maße kennen gelernt hatte.

Hier fand sie Zeit und Ruhe zur Ausbildung ihrer Talente. Und so fest wurzelte sie in diesem einsamen, zwischen reger Tätigkeit und ausgiebiger Erholung dahinflutenden Leben, daß schon der Gedanke, daß sie je gezwungen sein könnte, es aufgeben zu müssen, ihr unerträglich war.

Heute sang und jubilierte sie mit den Vögeln um die Wette.

Und wie wunderbar schön sie aussah! Die Sonnenstrahlen vergoldeten ihr reiches, blondes Haar, das es wie gesponnenes Gold erglänzte. Die Freude verleiht ihr Liebes, sanft gerötetes Gesicht, und die Haltung der leicht erhobenen Arme war so überaus anmutig, daß Gundulas Schönheit, durch eine entzückende Sommerrollette noch gehoben, ebenso eigenartig wie herzerquickend wirkte.

„Bleibst du hier, ich helfe dir, gnädiges Fräulein?“ sagte da plötzlich die Stimme des Barons in nächster Nähe, „aber ich möchte doch vorschlagen, von einem anderen Rosenbaum Blumen zu schneiden. Sie plündern diesen armen Rosenbusch, aber Freude werden Sie an den überreifen Blüten nicht haben, sie entblättert in der nächsten Stunde.“

Gundula erschauerte, und dunkle Blut wälzte in ihr Gesicht. Aber es war ein seltsames Erschrecken, und wenn sie auch nur schüchtern zu dem Manne aufschah, so lag doch, ohne daß es ihr zum Bewußtsein gekommen wäre, süßes Glücksempfinden in ihrem Blick.

In den Blüten des Barons aber verrät sich leise Un-

ruhe. Vorstehend sah er in das wie mit Purpur überglommene junge Gesicht. „Sie sind zerstreut, gnädiges Fräulein,“ sagte er, „und freudig erregt, so, als wäre Ihnen ein ganz außerordentliches, großes Glück zuteil geworden.“

„Das ist auch der Fall, Herr Baron,“ entgegnete Gundula mit leuchtenden Augen, „mein Papa schreibt soeben, daß er und meine Schwester uns noch heute auf der Durchreise besuchen werden. Ich habe Papa seit nahezu zwei Jahren nicht gesehen und kann Ihnen meine Freude und Ungebuld nicht beschreiben. Wäre er nur erst hier, mein lieber, lieber, alter Papa! Und leiser, gewaltig um Tränen kämpfend, fügte sie hinzu: „Ich habe mich heimlich habot nach Papa gesehnt.“

„Sie haben noch Eltern?“ fragte Stefany erstaunt, „das ist mir ganz neu, gnädiges Fräulein, ich glaubte, Sie seien verwaist und Herr Düren wäre Ihr einziger Verwandter.“

„Und bin ich nicht verwaist?“ fragte Gundula feugend, „meine Mama starb, als ich vier Jahre war. Bald darauf bekam ich eine Stiefmutter, und von da an war kein Platz mehr für mich im Hause meines Vaters. Er vergaß mich allerdings die Lieblosigkeit der anderen durch verdoppelte Zärtlichkeit, aber in meinem Herzen litt ich doch bitteren Not. Meine Kindheit war von dunklen Schatten umdüstert, bis dann mein Onkel kam und dem unhaltbaren Verhältnis dadurch ein Ende machte, daß er mich in sein Haus nahm. Unter seiner treuen Fürsorge begann ein neues, glückliches Leben für mich. Ich kann ihm all seine Güte nie genug danken. Und doch,“ fuhr das junge Mädchen nach kurzem Schweigen fort, „doch überkommt mich oft eine brennende Sehnsucht nach Papa, nach meinem Elternhause, die ich nur schwer überwinden kann.“

„Aber es wäre doch nur natürlich, daß Sie vom Zeit zu Zeit besuchungsweise dort wäsen!“ bemerkte der Baron, durch die Mitteilungen Gundulas sehr ernst gestimmt.

„Gewiß, es hat auch niemand dort gegen mein Kommen etwas einzuwenden. Aber ich weiß, daß Papa Konflikte und viel Ärger aus meiner Anwesenheit erwachsen würden, und darum bleibe ich fern.“ Gundula zögerte, dann fuhr sie freimütig fort:

„Meine Stiefmutter ist nämlich machlos eifersüchtig auf meine Person, sie behauptet, daß ich dem Papa näher stehe als sie und meine Geschwister, und so ganz unrecht mag sie damit wohl nicht haben. Papa begt dieselben Anschauungen und Meinungen wie ich. Wir verstehen uns immer, und wenn wir, ganz allein plaudernd oder auch jeder für sich beschäftigt, beisitzend sitzen, so sind wir glücklich und zufrieden. Das ist meiner Stiefmutter, die viel Abwechslung und ein lautes Treiben liebt, unverständlich, und sie sieht darin nichts anderes als Verwöhnung und Opposition gegen ihre Person.“

„Das kann ich begreifen,“ entgegnete Stefany, „da ich wahrscheinlich Ihre Stiefmutter kenne. Ist Ihr Papa der Bankier Eide in Berlin?“

Gundula nickte. „Ach, wie seltsam, so kennen Sie auch Papa und meine Schwester Vera?“

„Jawohl. Ich bin Mutter und Tochter verschiedenerlich in Gesellschaften begegnet. Herrn Eide sah ich nur einmal. Er ist ein ruhiger, sympatischer Mann, und ungewiss war zu erkennen, daß der laute Baron der Gesellschaft ihm nicht behagte. Er ist nicht bemüht, sich dort Geltung zu verschaffen, und man hat daher wenig Interesse an seiner Person. Um so beliebter ist Frau Eide mit ihrer schönen, geistvollen Tochter. Die Damen spielen eine tonangebende Rolle in der Berliner Gesellschaft.“

„Und wie gefällt Ihnen Vera? Was halten Sie von ihr?“ fragte Gundula, doch die Worte waren ungewollt über ihre Lippen gekommen.

„Ach, das ist ein schönes, temperamentsvolles und geistig hochbegabtes Mädchen,“ antwortete Stefany harmlos, „allerdings grenzenlos verzogen, hochmütig und anmaßend, aber wenn auch die Form viel zu wünschen läßt, ein gutes, reichhaltiges Material ist vorhanden, und Fräulein Vera wird nicht in die Fußstapfen ihrer Mutter treten, sondern eines Tages, wenn sie die Nichtigkeit ihres jetzigen oberflächlichen Treibens erkannt und sich selbst gefunden hat, ganz bestimmt eigene Wege gehen.“

Gundula schwiege. Also nahm der Baron ein besonderes Interesse an Veras Person! In dieser Annahme wurde sie noch bestärkt, als er fortfuhr:

„Sie müßten in Veras Nähe wäsen, gnädiges Fräulein, und Einsitz auf sie zu gewinnen suchen, dann würde ihr Charakter geläutert, ihr Sinn veredelt werden. Es wäre schade, wenn so viel herrliche Geistesgaben in Oberflächlichkeit verstanden sollten.“

Sie waren Seite an Seite weitergeschritten. Gundula achtete jetzt darauf, daß sie nur die Rosen schnitt, welche nahe am Fußbüßen waren.

„Vera würde sich um keinen Preis dazu entschließen, längere Zeit hier in der kleinen Stadt zu bleiben,“ sagte sie, sich nach ein paar glühenden Reifen bückend, die sie dann zu den Rosen legte. „Aber nun muß ich mich beeilen, damit alles geordnet ist, wenn unsere lieben Gäste kommen.“

Sie nickte dem Baron freundlich zu und ging schnell davon.

Nach einigen Minuten wandte sie sich plötzlich um und rief zurück:

„Ich hatte Ihnen versprochen, sie zu schauen, daraus wird nun wohl nichts werden. Wollen Sie das mit einem Gruß von mir bestellen, Herr von Stefany?“ Er nickte freundlich. „Gewiß, gnädiges Fräulein. Eide wird sich dann auf morgen freuen.“

Und bei sich dachte er: „Warum sah nun das liebe Mädchen plötzlich so traurig aus, was mag sie haben?“

Gundula bemerkte, daß er ihr nachgeschaut hatte, aber sie legte dem keine Bedeutung mehr bei. Es bedrückte sie etwas und ließ keine Fröhlichkeit mehr in ihr aufkommen. Was es war, das hätte sie selbst nicht sagen können.

Überall fand sie im Hause noch etwas zu ordnen, und als der Tisch gedeckt werden sollte, wandte sie sich wie bei Eula an ihren Onkel.

„Aber Sie sind ja ein ganz anderer Mensch,“ sagte er, „als ich Sie im letzten Jahre in der letzten Fahrt in großem Umfange verwendete. Er hat sich auf große Schwierigkeiten nicht. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.“

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Abschrift „Die Innere Mission und die Wandernden“, und gleichzeitig eine Verammlung für Akademiker.

Der eigentliche Kongress beginnt am Montag 5 Uhr nachmittags mit einem Empfang im Rathaus und einem Abendgottesdienst in der Frauenkirche 8 Uhr abends, den der Braunschweiger Landesbischof Dr. Bernweil hält.

Den ersten Hauptvortrag über die heutige Jugend und evangelische Sittlichkeit wird Prälat Dr. Schöll-Stuttgart halten. Am Nachmittag behandelt Generalstab Major „Wort und Tat“ in der Inneren Mission. Der Tag klang aus in einer öffentlichen Verammlung. Die deutsche Familie in Not“, mit vier Rednern, Prof. Dr. Kirstein-Bremen, W. Holtermann-Gestemünde, Frau Hummel-Altenburg und W. Dr. Minor-Gemmerich. Mitternacht findet eine Verammlung für Gasthausangestellte statt.

In der zweiten Hauptverammlung am Mittwoch spricht Prof. Dr. Bruns, Direktor des Domgymnasiums in Magdeburg, Welche Aufgaben erwachsen unserm Christenvolke angesichts der religiösen und sittlichen Noie der Schüler höherer Lehranstalten? — Der Nachmittag bringt eine Entspannung durch einen gemeinsamen Ausflug nach Weihen, wo abends ein Vorkongressabend abgehalten wird.

Endlich hält der kirchlich-soziale Bund seine Generalverammlung am 30., wobei Prof. Bruns die Erlangen die Eigengelehrtheit im Wirtschaftsleben behandelt. Am Nachmittag steht in der Sonderverammlung zur Erörterung: Was kann die Innere Mission gegen die Selbstmordneigung in unserm Volke tun? durch D. Hülstrug. Das Gesamtergebnis des Kongresses wird Landesbischof D. Ihmels in seiner Schlußansprache in der Kreuzkirche zusammenfassen.

Die Anschaffung der Eisenbahnwagen.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umfange verwendeten Ersatzbauteile auf große Schwierigkeiten führt. Neuerdings ist u. a. auch die Verwendung von Flüssig als Polsterbezugstoff an Stelle von Papiergewebe und Kunstleder und die Anbringung von Fenstervorhängen in den Personenwagen in größerem Umfange allgemein angeordnet worden. Die Vorkaufung von Abwrappapier in den Abwrappen der Wagen ist bereits seit längerer Zeit vorgeschrieben; das Papier wird indessen nach den Beobachtungen leider häufig entwendet.

Schlieflich ist die Deutsche Reichsbahn dauernd bemüht, die in den D-Zugwagen noch vorhandene Gasbeleuchtung so schnell wie möglich durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen. Eine Beschleunigung der Aenderungsarbeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil die Wagen zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Zugbildung nur nach und nach dem Betriebe entzogen werden können. Nach dem jetzigen Stande der Aenderungsarbeiten ist etwa die Hälfte der D-Zugwagen mit elektrischer Beleuchtung ausgerüstet.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der Reichszentrale für deutsche Verkehrsbewegung folgendes mitgeteilt: Es ist angeordnet worden, die Aborte von vier D-Zugwagen, die auf den Linien von Berlin nach Köln, Frankfurt (Main), München und Königsberg in Preußen verkehren, verkehrswise mit Stoffhandtüchern und Seifenspendern für flüssige Seife auszurüsten. Der Versuch soll darlegen, ob die Ausgabe der Seife in flüssiger Form zweckmäßig ist und bei den Reisenden Anklang findet. Von der Vorkaufung von Seifenstücken wie früher soll abgesehen werden, weil die bei jeder Wäsche zurückbleibenden Seifenstücken dem Abort ein unangenehmes Aussehen geben und die mit dem Wackwacker weggespülten Seifenreste die Abflüsse leicht verstopfen.

Die Aborte 1. und 2. Klasse der D-Zugwagen und die Aborte der D-Zugwagen aller Wagenklassen sollen auch wieder mit Spiegeln ausgerüstet werden, die seinerzeit wegen der vielen Diebstähle entfernt werden mußten.

Die Personenwagen, und in erster Linie die D-Zugwagen, werden gegenwärtig einer gründlichen Instandsetzung unterzogen. Die Arbeiten sollen bis zum Einsetzen des Sommerverkehrs durchgeführt sein. Die Deutsche Reichsbahn ist stets bestrebt, den Fortschrittszustand in der Aenderhaltung und Ausstattung der Personenwagen wieder zu erreichen, was zum Teil wegen der in den letzten Jahren in großem Umf